

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation

idheap

Institut de hautes études en administration publique
Fondation autonome, associée à l'Université de Lausanne
et à l'École polytechnique fédérale de Lausanne
Route de la Maladière 21 CH-1022 – Chavannes-près-Renens

a r e

Bundesamt für Raumentwicklung
Office fédéral du développement territorial
Ufficio federale dello sviluppo territoriale
Federal Office for Spatial Development

**Bestandesaufnahme der Prozesse
zur Nachhaltigen Entwicklung auf
Gemeindeebene**

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)

Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation (UVEK)

Institut de hautes études en administration publique
(IDHEAP)

Produktion

Stabsstelle Information ARE, Rudolf Menzi

Text und Redaktion

ARE: Anne DuPasquier, Sonya Elmer

IDHEAP: Peter Knoepfel

SANU (Partenaire pour la formation environnementale et la
durabilité)-IDHEAP: Marc Münster

Übersetzung (Originaltext Französisch)

Helen Glaser, Bern

Grafische Gestaltung

Desk Design, Hinterkappelen

Bezugsquelle

www.are.ch

www.idheap.ch

12.2003

**Bestandesaufnahme der Prozesse
zur Nachhaltigen Entwicklung auf
Gemeindeebene**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Kontext	5
1.2 Zielsetzungen	7
2. Methodik	8
2.1 Die Datenquellen	8
2.2 Die nationale Erhebung	8
3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse	11
3.1 Allgemeines	11
3.2 Räumliche Verteilung	12
3.3 Anzahl Gemeinden und betroffene Bevölkerung	13
3.4 Fläche	15
3.5 Verteilung nach Kantonen	16
3.6 Chronologie	17
4. Die Gemeinden ohne Nachhaltigkeitsprozess	19
5. Merkmale der Nachhaltigkeitsprozesse	21
5.1 Gründe für Nachhaltigkeitsprozesse	21
5.2 Verfahrenstypen	22
5.3 Räumliche Wirkung	24
5.4 Etappen	24
5.5 Zielsetzungen	25
5.6 Aktionen	26
5.7 Akteure und Organisation	27
5.8 Beteiligung	29
5.9 Kommunikation	30
5.10 Evaluationssysteme	31
5.11 Themen	32
5.12 Schwerpunkte	34
5.13 Herbeigeführte Veränderungen	35
5.14 Gewinne	36
5.15 Kosten und Finanzierung	38
5.16 Aufgetretene Probleme	39
6. Vergleich mit der Situation in Europa und weltweit	40
6.1 Behandelte Themen	41
6.2 Akteure	41
6.3 Struktur und Organisation der Prozesse	42
6.4 Aufgetretene Probleme	42
6.5 Herbeigeführte Änderungen	42
7. Einige Schlussfolgerungen	44
7.1 Allgemeine Bemerkungen	44
7.2 Themen	44
7.3 Strategien	45
Anhänge	48

Inhaltsverzeichnis**Abbildungsverzeichnis**

Tabelle 2.1:	Anzahl verschickter Fragebogen und erhaltene Antworten	9
Tabelle 3.1:	Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse in den Gemeinden	11
Abbildung 3.1:	Dreizehn Kantone und 94 Gemeinden führen zurzeit einen Nachhaltigkeitsprozess (Stand Juli 2003)	12
Abbildung 3.2:	Verteilung der Bevölkerung, die in einer Gemeinde mit Nachhaltigkeitsprozess lebt, auf die Sprachregionen (% der Einwohnerzahl)	13
Abbildung 3.3:	Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess nach Grösse der Gemeinde	14
Abbildung 3.4:	Anteil der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess nach Grösse der Gemeinde	14
Abbildung 3.5:	Anteil der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess nach Grösse der Gemeinde an der Gesamtfläche der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess	15
Abbildung 3.6:	Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess (% der kantonalen Bevölkerung)	16
Abbildung 3.7:	Einführung der Nachhaltigkeitsprozesse in der Schweiz (Stand Juli 2003)	17
Abbildung 4.1:	Gründe, die als Erklärung angegeben werden, weshalb kein Prozess im Sinne einer Agenda 21 geführt wird	19
Tabelle 4.1:	Zahl der Gemeinden und Bevölkerungszahl, die von den angekündigten Prozessen betroffen sind	20
Abbildung 5.1:	Gründe, die den verschiedenen Prozessen zugrunde liegen	21
Abbildung 5.2:	Verfahrenstypen gemäss Erhebung (Anzahl Gemeinden pro Typ)	23
Abbildung 5.3:	Verfahrenstypen der Kategorie «Andere»	23
Abbildung 5.4:	Überblick über den Entwicklungsstand der verschiedenen Etappen der registrierten Prozesse	25
Abbildung 5.5:	Arten von Prozesszielen	26
Abbildung 5.6:	Akteurgruppen, die Prozesse initiieren	27
Abbildung 5.7:	Relatives Gewicht der verschiedenen Akteurgruppen mit Prozessverantwortung	28
Abbildung 5.8:	Verschiedene Akteurgruppen, welche die Prozesse koordinieren	28
Abbildung 5.9:	Akteurgruppen, die an den Prozessen beteiligt sind	29
Abbildung 5.10:	Angewandte Beteiligungsmethoden	30
Abbildung 5.11:	Verwendete Kommunikationsmittel	31
Abbildung 5.12:	Verwendete Evaluationssysteme	32
Abbildung 5.13:	Themen, die in den verschiedenen Prozessen behandelt werden	33
Abbildung 5.14:	Berücksichtigung der drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung in den Prozessen in der Westschweiz und in der Deutschschweiz	34
Abbildung 5.15:	Verschiedene Änderungen in der Gesetzgebung	35
Abbildung 5.16:	Verschiedene Formen von organisatorischen Änderungen	36
Abbildung 5.17:	Aktuelle Gewinne der verschiedenen Prozesse	37
Abbildung 5.18:	Erhoffte Gewinne der verschiedenen Prozesse	37
Abbildung 5.19:	Häufigkeit der verschiedenen Finanzierungsformen (ohne Berücksichtigung der Höhe der Beträge)	38
Abbildung 5.20:	Aufgetretene Probleme	39
Tabelle 6.1:	Anteil der Gemeinden mit einer Lokalen Agenda 21 in den Ländern Westeuropas	40
Tabelle 6.2:	Erfasste Veränderungen, die auf internationaler Ebene am häufigsten genannt werden, nach BSP unterteilt	42

1. Einleitung

1. Einleitung

Dieser Bericht ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem IDHEAP¹ und der sanu² einerseits und dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) andererseits. Das ARE hat als Koordinationsplattform für die Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz insbesondere die Aufgabe, die kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse zu fördern und deren Qualität sicherzustellen. Das IDHEAP engagiert sich als Zentrum für Forschung, Lehre und Beratung für die öffentliche Hand mit seiner «Unité d'enseignement et de recherche Politiques publiques-Environnement» seit den 1980er-Jahren aktiv in den Umweltpolitiken. Es ist seit einigen Jahren auch im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung tätig. Gemeinsam mit der sanu als Partnerin mit Erfahrung in der Umweltbildung und Nachhaltigkeit interessiert sich das IDHEAP auch für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse.

1.1 Kontext

Anlässlich der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, verpflichteten sich die 180 Teilnehmerstaaten, eine nationale Agenda 21, d. h. einen breit angelegten Aktionsplan für das 21. Jahrhundert, zu initiieren. Das dort verabschiedete Dokument betont die Wichtigkeit, Agenda 21-Prozesse auf lokaler Ebene zu unterstützen. Diesem Thema wurde sogar ein ganzes Kapitel gewidmet. Die dort festgehaltenen Grundsätze wurden am Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung, der im Sommer 2002 in Johannesburg durchgeführt wurde, bestätigt. Ausserdem wurde nochmals bekräftigt, dass «die Rolle und die Kapazität der Ortsbehörden bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung gefördert werden müssen»³.

Betrachtet man die internationalen Erfahrungen, hat diese Unterstützung reichlich Früchte getragen (vgl. Kapitel 6). Sie hat insbesondere dazu beigetragen, die Rolle der Gemeinden zu stärken, und dies nicht nur im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung im engeren Sinn, sondern auch indem sie geholfen hat, das politische Gewicht der Gemeinden gegenüber den zentralen Akteuren zu stärken. Dies war sowohl der Fall in europäischen Ländern mit einer starken zentralistischen Tradition, wie etwa Spanien, Italien oder Grossbritannien, als auch in zahlreichen Entwicklungsländern, in denen keine richtige Verwaltungsstruktur auf Gemeindeebene existiert. Es kann sogar gefolgert werden, dass die Agenda 21 unabhängig von den gewählten Aktionen einen grossen Beitrag zu einer allgemeinen Aufwertung der lokalen Akteure geleistet hat. Laut dieser Hypothese kommt institutionellen Aspekten eine gleich grosse, wenn nicht gar grössere Bedeutung zu als inhaltlichen Aspekten, die zu Massnahmen zu Gunsten einer Nachhaltigen Entwicklung führen.

Die vorliegende Bestandesaufnahme der Prozesse zur Nachhaltigen Entwicklung auf Gemeindeebene in der Schweiz scheint ein paradoxer Beleg für die Hypothese zu sein. Sie zeigt, dass die institutionelle Ebene in der Schweiz im Vergleich zur Situation in anderen Ländern wegen des Föderalismus nur eine kleine Rolle spielt, was zur Folge hat, dass die Diskussion zu Beginn vielleicht weniger angeregt verlief als anderswo. Die Zahl der Nachhaltigkeitsprozesse ist wahrscheinlich aus diesem Grund weniger gross als in den Ländern, in denen das Bemühen

¹ Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP), Lausanne

² Partner für Umweltbildung und Nachhaltigkeit, Biel

³ Umsetzungsplan des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung, Johannesburg 2002, Art. 149

1. Einleitung

um die Stärkung der Gemeindeautonomie Hand in Hand geht mit den Bemühungen zur Erstellung einer Lokalen Agenda 21. Dennoch ist das föderalistische Umfeld, das den lokalen Gebietskörperschaften in der Schweiz schon seit langer Zeit eine grosse Autonomie zuspricht, kein Hindernis für das Entstehen von kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen, wie dies die Zahlen in dieser Umfrage zeigen. Es scheint, dass die Rolle der Bundesstellen bei der Umsetzung des weltweiten Prozesses, den die Konferenz in Rio herbeigeführt hat, trotz der sehr ausgeprägten föderalistischen Struktur unseres Landes und der offenkundigen Zurückhaltung der Gemeinden gegenüber Bundesbern nicht unbedeutend war. Wir wollen an dieser Stelle einige Fakten in Erinnerung rufen.

Nach einer ersten Strategie, die im Jahre 1997 festgelegt wurde, verabschiedete der Bundesrat im März 2002 seine neue «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002». Dieses Dokument, das sich in erster Linie an die Bundesämter richtet, dient auch auf Kantons- und Gemeindeebene als Referenz. Im Besonderen wird darin nachdrücklich auf die Bedeutung der Partnerschaften hingewiesen, die bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung mit zahlreichen Beteiligten, darunter den kommunalen Gemeinwesen, gebildet werden sollten. Um diese Beziehungen zu fördern, hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) und dem Schweizerischen Städteverband (SSV), das «Forum Nachhaltige Entwicklung» für die Kantone und Städte initiiert. Das Forum verfolgt das Ziel, Themen wie etwa die Bedingungen für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung, die Bewertung von Projekten oder die Mitwirkung zu vertiefen und den Erfahrungsaustausch zu fördern. In diesem Sinn wurde im Sommer 2003 auch der «Cercle Indicateurs» geschaffen, in dem acht Kantone und zwölf Städte vereint sind und mit dem gesamtschweizerisch je ein Kernindikatorensystem für die Kantone und für die Städte festgelegt und weiterentwickelt werden soll. Mit diesen Indikatoren können Entwicklungen analysiert und Vergleiche angestellt werden, zudem können sie für Kommunikationszwecke eingesetzt werden. Die vorliegende Studie wurde ebenfalls in diesem Rahmen durchgeführt.

Die Zahl der Nachhaltigkeits-, Agenda 21- oder anderer Prozesse hat in den letzten Jahren in den Kantonen, Gemeinden und Regionen zugenommen. Bisher fehlte jedoch ein klarer Überblick über diese Prozesse. Insbesondere wurden ihre Merkmale und ihre Qualität nicht systematisch analysiert. Unter einem Nachhaltigkeitsprozess wird jeder umfassende Prozess verstanden, der von einer Gemeinde initiiert wird, der die Nachhaltige Entwicklung zum Ziel und Ähnlichkeit mit einer Agenda 21 hat. Dieser Begriff wird jedoch nicht ausschliesslich verwendet, verschiedene Prozesse werden anders benannt.

Die Bestandesaufnahme der Prozesse zur Nachhaltigen Entwicklung auf Gemeindeebene ist eine Etappe im Rahmen der qualitativen Bewertung dieser Prozesse. Sie liefert ein Bild zu einem bestimmten Zeitpunkt, d. h. im Sommer 2003. Sie spiegelt auch die Meinung der Gemeinden über ihr eigenes Vorgehen wider, da die Daten von den direkt betroffenen Akteuren geliefert wurden.

Das ARE und das Konsortium IDHEAP-sanu, die beide an einer solchen Studie interessiert waren, beschlossen, ihr Wissen gemeinsam zu nutzen und eine nationale Umfrage mit vereinten Kräften auszuarbeiten, durchzuführen und auszuwerten. Die Ergebnisse werden in diesem Bericht dargelegt.

Ende 2002 erhielt das Konsortium IDHEAP-sanu von der Gebert-Rüf-Stiftung die Mittel für die Finanzierung eines grossen Forschungsprojekts, das zur Aufgabe hat, die Kosten und Gewinne der Lokalen Agenda 21-Prozesse zu ermitteln⁴. Eine Zusammenarbeit mit dem ARE ergab sich,

1. Einleitung

weil man mit dem Forschungsprojekt eine Bestandesaufnahme dieser Prozesse machen wollte und das ARE gerade im Begriff war, eine solche Bestandesaufnahme vorzubereiten.

Die hier erläuterten Ergebnisse werden auch der Forschung von Nutzen sein. Sie bieten ihr eine Grundlage bei der Auswahl der Gemeinden, in denen vertiefte Untersuchungen durchgeführt werden sollen, um ein Instrument zur Evaluation der Kosten und Gewinne der kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse zu erarbeiten. Dieses Instrument, das für die beteiligten Gemeinden bestimmt ist und das in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Gemeinwesen erarbeitet wird, wird am Ende des Forschungsprojekts, das für 2005 geplant ist, vorgestellt werden.

1.2 Zielsetzungen

Mit dieser Studie wird eine Stärkung des Orientierungsrahmens für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung auf Gemeindeebene angestrebt.

Es werden folgende Ziele verfolgt:

- einen vollständigen und aktuellen Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse in der Schweiz zu schaffen
- die Merkmale der verschiedenen Prozesse in einer Datenbank zu erfassen
- eine Analyse der Qualitätskriterien gemäss Fragebogen auszuführen, um Stärken und Schwächen der Prozesse aufzuzeigen
- diese Informationen den Kantonen, Gemeinden, interessierten Kreisen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (Austausch, Benchmarking, ...).

Allgemein geben bessere Kenntnisse über die Prozesse, sowie der Vergleich mit der Situation in anderen europäischen Ländern, dem ARE die Möglichkeit, seine Förderstrategie nach den bestehenden Merkmalen, den Bedürfnissen oder den Problemen auszurichten. Diese Studie soll weiter dazu dienen, die Finanzhilfen des Förderprogramms für die Nachhaltige Entwicklung des ARE in Abhängigkeit der Qualität der Projekte und unter Berücksichtigung der Gesamtsituation optimal zu verteilen.

Die mittel- und langfristigen Ziele bestehen infolgedessen darin, dazu beizutragen, dass die Prozesse weitergeführt werden und nicht nur eine Modeerscheinung oder von einer einzelnen Person abhängig bleiben. Gleichzeitig sollen die Lernprozesse durch eine ständige Verbesserung gefördert werden. Die auf der Grundlage der Erhebung erstellte Datenbank wird somit anderen Studien von Nutzen sein, insbesondere Studien über die Evaluationsinstrumente für kommunale Projekte oder über Best Practice-Beispiele. Sie dient ebenfalls, wie bereits erwähnt, als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Instruments zur Analyse der Kosten und Gewinne im Nachhaltigkeitsprozess.

⁴ Forschungsprojekt sanu/IDHEAP: «Erfolge der nachhaltigen Entwicklung: Erarbeiten wissenschaftlicher Grundlagen für ein Controllinginstrument», www.sanu.ch

2. Methodik

2.1 Die Datenquellen

Die Daten, die als Grundlage für die Bestandesaufnahme dienten, stammen vornehmlich aus vier Quellen:

- Angaben der Website des ARE, www.aren.ch (Informationsdrehscheibe Lokale Agenda 21)
- Angaben des ARE-Förderprogramms, das Lokale Agenda 21-Prozesse und andere Projekte in diesem Bereich unterstützt
- Befragung der kantonalen Beauftragten für Nachhaltige Entwicklung; zehn Kantone lieferten eine Liste der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozessen
- Nationale Erhebung über kommunale Vorgehen zur Nachhaltigen Entwicklung, die im Frühling 2003 durchgeführt wurde und mit der die bestehenden Informationen systematisch vervollständigt und aktualisiert werden konnten.

2.2 Die nationale Erhebung

Die nationale Erhebung hatte zum Ziel, systematisch Informationen über den Entwicklungsstand und die Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse in Schweizer Gemeinden zu sammeln. Im Zentrum der Umfrage standen die Qualitätskriterien, wie etwa die am Prozess beteiligten Akteure, geplante, laufende oder verwirklichte Etappen, behandelte Themen oder Vorgehensweisen.

Die Erhebung wurde mittels eines Fragebogens durchgeführt, der vom ARE und von der Studiengruppe IDHEAP-sanu ausgearbeitet worden war (vgl. Anhang 1: Fragebogen). Die Fragen stützten sich zu einem grossen Teil auf die bisher verwendeten Rubriken zur Beschreibung der Agenda 21-Prozesse auf der Website des ARE. Diese wurden jedoch weiter bearbeitet und vervollständigt, um die Merkmale der Prozesse möglichst gut zu erfassen. Es handelte sich dabei grösstenteils um geschlossene Fragen mit der Möglichkeit, Bemerkungen oder persönliche Ergänzungen anzubringen. Die Antworten wurden in der Folge in einer Access-Datenbank erfasst, um die zukünftige Nachführung zu erleichtern und Statistiken vereinfacht darstellen zu können.

Die Umfrage richtete sich in erster Linie an die Städte und wurde mit der Unterstützung des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) durchgeführt. Sie wurde jedoch auf eine gewisse Anzahl anderer, speziell betroffener Gemeinden ausgeweitet. Insgesamt wurden Anfangs März 2003 244 Fragebogen an die folgenden Empfänger verschickt (vgl. Tabelle 2.1):

- die 126 Mitgliedsgemeinden des SSV (51% der Zusendungen)
- 48 Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnerinnen und Einwohnern, von denen das ARE wusste, dass sie einen Prozess führten oder daran interessiert waren, einen zu initiieren (20% der Zusendungen)
- 70 Berner Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die wenigstens einmal an einer kantonalen Veranstaltung zum Thema der Nachhaltigen Entwicklung teilgenommen hatten; sie wurden aufgrund einer Bitte des Kantons Bern in die Erhebung eingeschlossen (29% der Zusendungen).

Auf Anfrage erhielten die interessierten Gemeinden auch eine elektronische Version des Fragebogens. Die Frist für die Rücksendung der Antworten wurde auf den 7. April 2003 festgelegt; danach wurde eine Reihe von Erinnerungsschreiben verschickt und mehrere Beteiligte

2. Methodik

wurden telefonisch kontaktiert⁵. Die letzten Fragebogen, die in dieser Studie berücksichtigt wurden, datieren vom Juni 2003.

Insgesamt wurden 146 Fragebogen ans ARE und an die sanu zurückgesandt (vgl. Tabelle 2.1). Davon betrafen 64 laufende Nachhaltigkeitsprozesse. Bei gemeinsamen Projekten von mehreren Gemeinden wurde jeweils nur ein Fragebogen ausgefüllt. Dies ist bei den folgenden Prozessen der Fall: Initiative Limpachtal (12 Gemeinden), Werkstatt Basel (3 Gemeinden) und die Gemeinden Aesch und Pfeffingen. Im Ganzen beläuft sich also die Zahl der Gemeinden, die einen registrierten Nachhaltigkeitsprozess führen, auf 78. Ausserdem schickten 16 Gemeinden, von denen aus anderen Quellen bekannt ist, dass sie einen solchen Prozess führen, den Fragebogen nicht zurück. Die Gesamtzahl der kommunalen Prozesse beläuft sich demnach auf 94 (vgl. Kapitel 3 «Übersicht»). Die Daten aus der Erhebung decken somit 80% der bekannten Prozesse ab.

Tabelle 2.1: Anzahl verschickter Fragebogen und erhaltene Antworten

	Anzahl verschickter Fragebogen (in % der Gesamtzahl)	Anzahl erhaltener Fragebogen (in % pro Kategorie)	Details der erhaltenen Fragebogen:		
			Mit Prozess	Ohne Prozess (vorgesehen)	Prozess aufgegeben
Städte (SSV)	126 (51%)	85 (69%)	34	50 (23)	1
Andere Gemeinden	48 (20%)	35 (73%)	28	4 (1)	3
Gemeinden des Kantons					
Bern	70 (29%)	26 (37%)	2	24 (5)	–
Total	244 (100%)	146 (60%)	64	78 (29)	4

Die globale Rücksendequote von 60% kann als gut beurteilt werden. Dennoch müssen die folgenden Unterschiede erwähnt werden:

- Für die Städte ist eine bemerkenswert hohe Rücksendequote feststellbar (69%). Von den 85 zurückgesandten Fragebögen gaben 34 (40%) an, dass ein Nachhaltigkeitsprozess durchgeführt wird. Von den 50 Städten, die keinen solchen Prozess führen, beabsichtigen 23 einen Prozess zu initiieren. Eine Stadt gab an, den Prozess aufgegeben zu haben.
- Die Rücksendequote von 73% bei den kleineren Gemeinden ist weniger erstaunlich, da diese gerade deswegen ausgewählt worden waren, weil sie schon einen Nachhaltigkeitsprozess führten oder daran interessiert waren, einen solchen zu initiieren. Von den 35 Gemeinden, die den Fragebogen zurückschickten, gaben 28 (80%) an, einen solchen Prozess zu führen. Drei davon haben den laufenden Prozess wieder aufgegeben.
- Für die kleinen Berner Gemeinden lässt sich die relativ tiefe Rücksendequote zweifelsohne damit erklären, dass nur wenige unter ihnen einen solchen Prozess initiiert haben (2 von den 26, die geantwortet haben). Immerhin kündigten fünf davon an, einen Prozess initiieren zu wollen.

Die Fragen wurden allgemein gut und vollständig beantwortet. Oftmals wurden sie durch zusätzliche Broschüren und Unterlagen über die Projekte in den Gemeinden ergänzt.

⁵ Der zeitliche Aufwand für diese Telefonate überstieg deren Erfolg, da auf die rund fünfzig Anrufe nur acht Fragebogen folgten.

2. Methodik

Die Daten aus der nationalen Erhebung wurden zusätzlich zu den anderen Quellen verwendet, die zu Beginn des Kapitels angeführt sind, um eine Übersicht über die Nachhaltigkeitsprozesse in der Schweiz zusammenzustellen (vgl. Kapitel 3 «Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse»). Die Informationen über die Gemeinden ohne Prozess oder über die Gemeinden, die einen Prozess planen, stammen ausschliesslich aus der Erhebung (vgl. Kapitel 4 «Die Gemeinden ohne Nachhaltigkeitsprozess»). Die Antworten auf die verschiedenen Fragen, mit denen die Prozesse charakterisiert werden, werden in Kapitel 5 «Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse» eingehender analysiert.

Ein Teil der Informationen wird auf die Website des ARE übertragen, wo eine zusammenfassende Beschreibung der einzelnen Prozesse zu finden ist. Die Datenbank wird laufend aktualisiert und die Website, nach Eingang der neuen Daten, überarbeitet werden.

Im Sommer 2003 führte das ARE mit der Unterstützung der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) zudem bei den Kantonen eine Erhebung durch. Gewisse allgemeine Daten aus dieser Umfrage werden in diesem Bericht verwendet. Die genauen Ergebnisse werden jedoch Gegenstand eines separaten Berichts sein. Die regionalen Prozesse wurden noch nicht systematisch untersucht. Im vorliegenden Bericht wurden nur diejenigen berücksichtigt, die aus Zusammenschlüssen von Gemeinden rund um ein regionales Projekt stammen.

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse**3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse****3.1 Allgemeines**

Auf der Grundlage der gesammelten Daten kann ein Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse gegeben werden (vgl. nachstehende Tabelle und Abb. 3.1).

Tabelle 3.1: Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse in den Gemeinden

	<i>Anzahl Gemeinden</i>	<i>Betroffene Bevölkerung Anzahl Einwohn- erinnen und Einwohner</i>	<i>Anteil an der Schweizer Bevölkerung (%)</i>	<i>Anteil der Schweizer Gemeinden (%)</i>
Stand Juli 2003	94	1 851 558	25.5	3.3
Vorgesehen im Jahr 2003	7	113 422	1.6	
Vorgesehen ab 2004	22	302 491	4.2	
Ziel des «Forums Nachhaltige Entwicklung» für Ende 2003 ⁶ :			25%	

Im Juli 2003 sind 94 Gemeinden mit einem Nachhaltigkeitsprozess registriert (vgl. Anhang 2: Die Gemeinden mit einem Nachhaltigkeitsprozess). Gemäss der Erhebung planen 29 weitere Gemeinden, einen Prozess einzuführen, darunter 7 bis Ende 2003 und 22 ab 2004.

Die 94 Gemeinden, in denen heute ein Prozess im Gange ist, umfassen 1 851 558 Einwohnerinnen und Einwohner⁷, was etwas mehr als einem Viertel der Schweizer Bevölkerung entspricht.

Das Ziel, das sich das «Forum Nachhaltige Entwicklung» des ARE für die Kantone und Städte im Jahr 2002 gesetzt hat, dass «bis Ende 2003 25% der Schweizer Bevölkerung in einer Gemeinde mit Nachhaltigkeitsprozess leben», wurde somit erreicht. Berücksichtigt man zudem die Gemeinden, welche die Einführung eines Nachhaltigkeitsprozesses planen, kann mittelfristig eine Ausweitung des Prozesses auf mehr als 30% der Bevölkerung angenommen werden (vgl. Kapitel 4).

⁶ «Forum Nachhaltige Entwicklung» für die Kantone und Städte, gegründet im Jahre 2001 vom ARE, von der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) und dem Schweizerischen Städteverband (SSV).

⁷ Quelle: BFS, 2001

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

3.2 Räumliche Verteilung

Auf der nachstehenden Karte ist die räumliche Verteilung der kantonalen und kommunalen Prozesse dargestellt.

Nachhaltigkeitsprozesse in der Schweiz

Stand Juli 2003

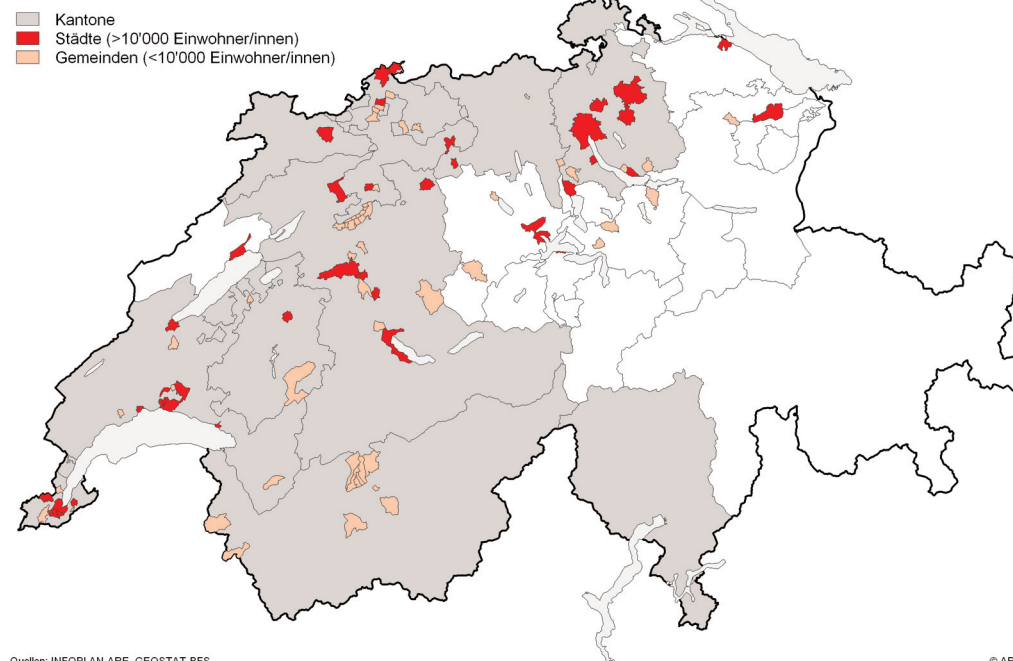


Abbildung 3.1: Dreizehn Kantone und 94 Gemeinden führen zurzeit einen Nachhaltigkeitsprozess (Stand Juli 2003)

Gemäss den ersten Ergebnissen der Erhebung bei den Kantonen haben dreizehn unter ihnen angegeben, einen Nachhaltigkeitsprozess zu führen (Stand Sommer 2003)⁸. Unter ihnen befindet sich der Kanton Zürich, der zurzeit den Verein «Impuls Agenda 21 ZH» unterstützt, dessen Aktivitäten sich an die Gemeinden richten. Der Kanton selber wird 2004 einen Prozess auf der Ebene der Kantonsverwaltung initiieren. Vier weitere Kantone haben ausserdem ihre Absicht mitgeteilt, einen offiziellen Prozess einzuführen, zwei davon im Jahr 2004 (AR, TG).

Auf nationaler Ebene mag die Vertretung der Gemeinden schwach erscheinen: nur 94 von 2880⁹ führen einen solchen Prozess, was nur etwa 3% der Gemeinden in der Schweiz ausmacht. Dass diese 3% dennoch etwas mehr als 25% der Schweizer Bevölkerung umfassen, kann mit dem Engagement der acht grössten Städte (Zürich, Basel, Genf, Bern, Lausanne,

⁸ Es handelt sich um Gesamtprozesse im Sinne einer Agenda 21. Die punktuellen Projekte im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung werden hier nicht mitregistriert, ebenso wenig der Einbezug der Nachhaltigen Entwicklung in die Sektorialpolitiken (wie dies die Kantone GR, NW und ZG erwähnt haben). Weiter sind mehrere Kantone auch am Regionalprojekt «Bodensee Agenda 21» beteiligt.

⁹ Quelle: BFS, 2001

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

Winterthur, St. Gallen und Luzern) erklärt werden, die zusammen beinahe 16% der Schweizer Bevölkerung ausmachen.

Was die räumliche Verteilung der Nachhaltigkeitsprozesse auf gesamtschweizerischer Ebene anbetrifft, kann festgehalten werden, dass vor allem die Nord-, die West- und die Süd-Westschweiz gut abgedeckt sind; in der Ost- und der Zentralschweiz wie auch in der italienischen Schweiz werden hingegen noch kaum kommunale und kantonale Prozesse geführt.

Diese ungleiche Verteilung taucht teilweise auch bei der Verteilung der Bevölkerung auf die Sprachregionen auf (vgl. Abb. 3.2).

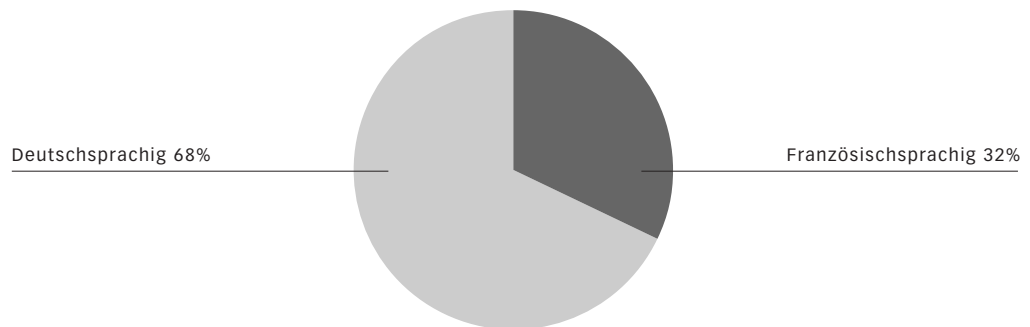


Abbildung 3.2: Verteilung der Bevölkerung, die in einer Gemeinde mit Nachhaltigkeitsprozess lebt, auf die Sprachregionen (% der Einwohnerzahl)

68% der Bevölkerung, die in einer Gemeinde mit Nachhaltigkeitsprozess wohnhaft ist, leben in der Deutschschweiz, was etwas weniger als der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung schweizweit ist¹⁰. Die Prozesse in der Westschweiz umfassen einen Drittel der Bevölkerung in Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess, während der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung schweizweit 23% ausmacht. In einigen italienisch- und rätoromanischsprachigen Gemeinden sind solche Prozesse noch in der Planungsphase. Betrachtet man die Zahl der Gemeinden, ist das Verhältnis leicht verschoben, da in der Westschweiz 34 Prozesse (36%) gezählt werden gegenüber 60 (64%) in der Deutschschweiz.

3.3 Anzahl Gemeinden und betroffene Bevölkerung

Betrachtet man die Verteilung der Nachhaltigkeitsprozesse in Abhängigkeit der Grösse der Gemeinden (das heisst nach ihrer Einwohnerzahl, vgl. Abb. 3.3) und der Anzahl Gemeinden, wird einem das nachstehende Bild geboten (vgl. Abb. 3.4), wobei bei der Analyse vier Grössen von Gemeinden unterschieden wurden:

- Grosse Städte mit mehr als 50000 Einwohnerinnen und Einwohnern
- Mittलगrosse Städte mit 10000 bis 50000 Einwohnerinnen und Einwohnern
- Mittलगrosse Gemeinden mit 5000 bis 10000 Einwohnerinnen und Einwohnern
- Kleine Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

¹⁰ Verteilung der Bevölkerung nach Sprachregionen in der Schweiz: Deutschschweiz: 71.6%; Welschschweiz: 23.6%; Italienische Schweiz: 4.4%; Rätoromanische Gebiete: 0.4%, Quelle: Eidgenössische Volkszählung 2000, BFS, 2003

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

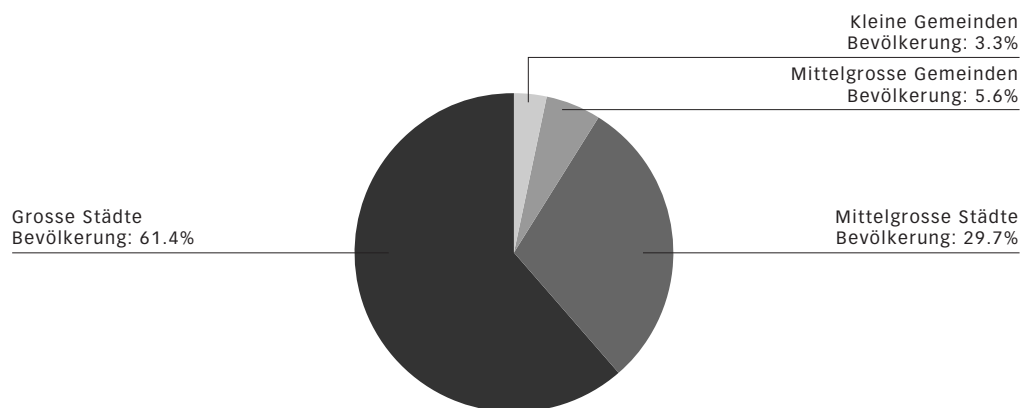


Abbildung 3.3: Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess nach Grösse der Gemeinde

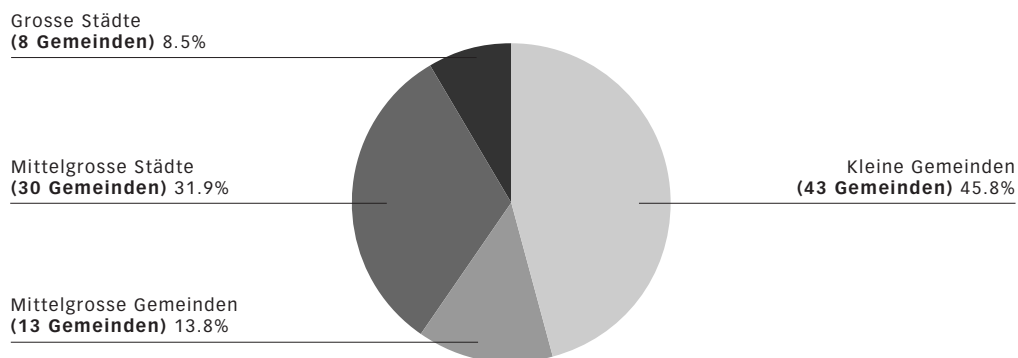


Abbildung 3.4: Anteil der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess nach Grösse der Gemeinde

Die Abbildungen 3.3 und 3.4 lassen die folgenden Schlüsse zu:

- 61% der Bevölkerung, die in einer Gemeinde mit Nachhaltigkeitsprozess wohnhaft ist, leben in einer grossen Stadt (mehr als 50 000 Einwohner/innen). Es sind im gesamten acht, d. h. rund 8% der betroffenen Gemeinden (vgl. Abb. 3.4). Wie bereits erwähnt, handelt es sich dabei um die grössten Städte unseres Landes.
- Die 30 mittelgrossen Städte (10 000–50 000 Einwohner/innen) machen etwa 30% der Bevölkerung der beteiligten Gemeinden aus.
- In den 13 mittelgrossen Gemeinden (5 000–10 000 Einwohner/innen) leben nur 5.6% der Bevölkerung, die in einer Gemeinde mit Nachhaltigkeitsprozess wohnhaft ist.
- Die Gemeinden mit einer Bevölkerung von weniger als 5 000 Personen, die einen Nachhaltigkeitsprozess führen, umfassen nur gerade 3% der betroffenen Bevölkerung. Betrachtet man jedoch die Zahl der Gemeinden, sieht man, dass sie mit 43 einen beträchtlichen Teil der beteiligten Gemeinden stellen (45.8%).

Vergleicht man schliesslich die Städte (Einwohnerzahl >10 000) mit den anderen Gemeinden (Einwohnerzahl <10 000), zeigt sich, dass 90% der Bevölkerung, die in Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess wohnhaft ist, in 38 Städten und 10% in 56 mittelgrossen und kleinen Gemeinden lebt.

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

Ein Drittel der Schweizer Städte beteiligt sich bis heute an einem Prozess. Die Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 10 000 Einwohnern stellen also ein grosses Potential dar: Wenn man sich zum Ziel setzt, dass sich 80% der 126 Städte an solchen Prozessen beteiligen, würden etwa 40% der Bevölkerung von einem Prozess erfasst werden, wie dies in Deutschland der Fall ist¹¹.

3.4 Fläche

Die oben beschriebenen Zusammenhänge machen die massgebliche Rolle der Städte in Bezug auf die Bevölkerung deutlich. Die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung ist jedoch nicht nur ein städtisches Phänomen. Es gibt auch viele kleine Gemeinden, die sich daran beteiligen, und diese haben flächenmässig ein grosses Gewicht, wie dies Abbildung 3.5 zeigt.

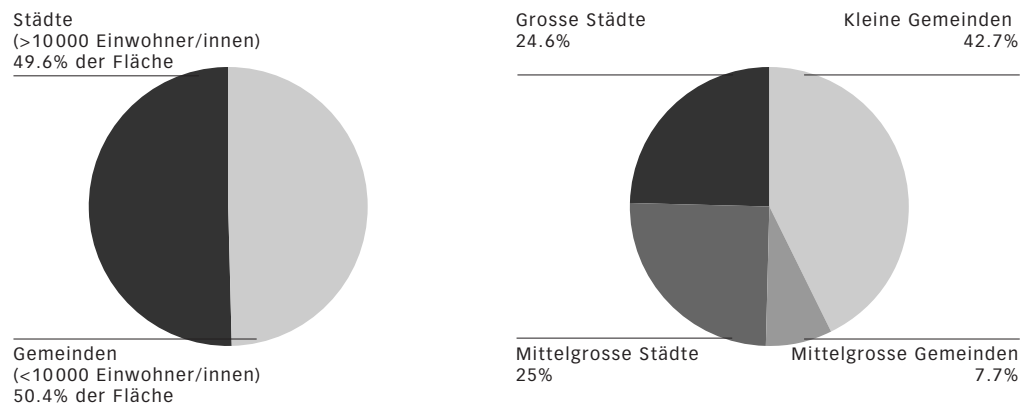


Abbildung 3.5: Anteil der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess nach Grösse der Gemeinde an der Gesamtfläche der Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess

Von den 94 beteiligten Gemeinden decken die 38 Städte und 56 Gemeinden (<10 000 Einwohner/innen) eine etwa gleich grosse Fläche ab. Von diesem Gesichtspunkt aus spielen die ländlichen Gemeinden bei der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung demzufolge eine nicht unbedeutende Rolle. Wie schon weiter oben erwähnt, haben sich mehrere kleine Gemeinden zu einem gemeinsamen regionalen Projekt zusammengeschlossen.

Neben den Städten liegt daher auch in den Regionen ein grosses Potential für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung.

¹¹ Quelle: Analyse du contexte européen du processus «Agendas 21 locaux» et comparaison avec la démarche française, Association 4D, 2001

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

3.5 Verteilung nach Kantonen

Die Verteilung der Prozesse nach Kantonen ist in Abbildung 3.6 ersichtlich.

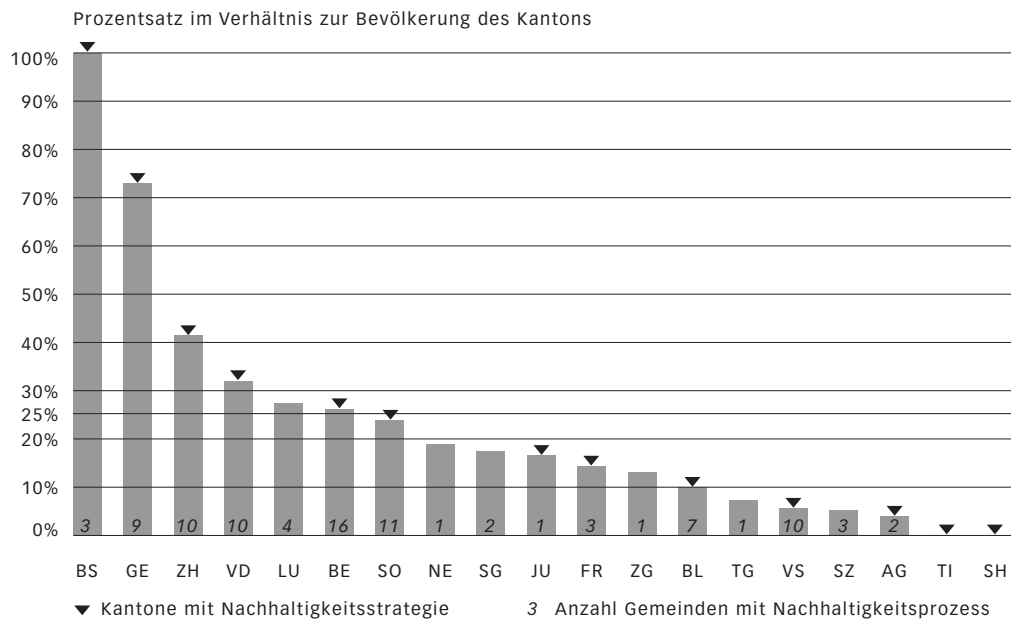


Abbildung 3.6: Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess (in % der kantonalen Bevölkerung). Die folgenden Kantone haben weder eine kantonale Strategie noch Gemeinden mit Prozess: AR, AI, GL, GR, NW, OW, UR (Stand Juli 2003).

Insgesamt sind die 94 Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess auf 17 Kantone verteilt. Elf davon haben auf kantonaler Ebene einen Prozess eingeführt. In zwei Kantonen (SH und TI) gibt es trotz einer kantonalen Strategie noch keine Gemeinde, die einen Prozess initiiert hat. Bei dieser Verteilung wird wiederum das grosse Gewicht der Städte sichtbar. Schliesst man den Sonderfall Basel-Stadt aus, dessen drei Gemeinden am gleichen Prozess beteiligt sind, wird deutlich, dass von den sechs anderen Kantonen, in denen über 25% der kantonalen Bevölkerung in einer beteiligten Gemeinde lebt, fünf eine oder sogar zwei Städte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50 000 Personen zählen. Umgekehrt machen im Wallis die 10 beteiligten Gemeinden nur gerade 6% der kantonalen Bevölkerung aus.

Die kantonalen Strategien, die spezifisch die Gemeinden unterstützen, können in Beziehung zur Anzahl der Gemeinden mit Prozess im Kanton gesetzt werden. Nehmen wir als Beispiel den Kanton Bern mit seinem «Kompetenzverbund LA21 für Gemeinden» (16 Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozess) oder den Kanton Genf mit seinem «Guide pratique de l'Agenda 21 communal»¹² (9 Gemeinden). Andere Kantone wiederum haben eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, die vorrangig auf die Ebene der Kantonsregierung und -verwaltung zielt (Jura, Aargau, Schaffhausen).

¹² Département de l'intérieur, de l'agriculture et de l'environnement (DIAE) des Kantons Genf, 2002

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

3.6 Chronologie

Im Jahre 1992 verpflichtete die Konferenz in Rio die Länder dazu, die Lokalen Agenda 21-Prozesse zu fördern. Wie wurde diese Verpflichtung seither in der Schweiz in die Praxis umgesetzt? In Abbildung 3.7 wird die zeitliche Einführung der Nachhaltigkeitsprozesse aufgezeigt¹³.

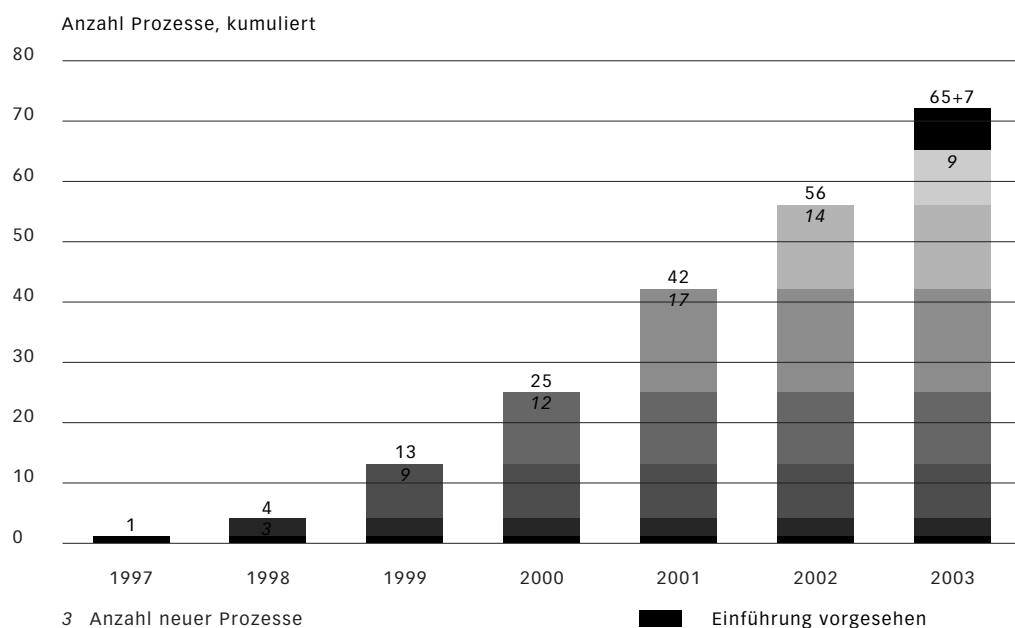


Abbildung 3.7: Einführung der Nachhaltigkeitsprozesse in der Schweiz (Stand Juli 2003)

Der erste kommunale Nachhaltigkeitsprozess kann auf 1997, also fünf Jahre nach Rio, festgesetzt werden. Nach einem zögerlichen Anfang konnte in den letzten Jahren eine stetige Zunahme der eingeführten Prozesse festgestellt werden. Für das Jahr 2003 kann eine Zunahme von 16 Prozessen verzeichnet werden, wenn die angekündigten Nachhaltigkeitsprozesse tatsächlich initiiert werden.

An dieser Stelle können ein paar Ereignisse in Erinnerung gerufen werden, welche die Nachhaltige Entwicklung geprägt haben und einen Einfluss auf die Entwicklung der Prozesse hatten.

1994 wird die Charta von Aalborg¹⁴ veröffentlicht, welche die Städte und Gemeinden dazu aufruft, «in Lokale Agenda 21-Prozesse einzutreten und langfristige Aktionsprogramme mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit aufzustellen». Im Jahre 1997 veröffentlicht der Bund seine erste «Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung der Schweiz». 2001 wird das «Forum Nachhaltige

¹³ Die Graphik wurde für 65 Gemeinden erstellt, die das Anfangsdatum ihres Nachhaltigkeitsprozesses angegeben haben. Da es nicht immer einfach ist, den Beginn eines solchen Prozesses auszumachen, können diese Daten verschiedenen Phasen entsprechen (Datum der politischen Entscheidung, Datum der Umsetzung, ...).

¹⁴ Vgl. www.iclei.org/europe/AC-GERM.HTM

3. Überblick über die Nachhaltigkeitsprozesse

Entwicklung» für die Kantone und Städte gegründet, und 2002 verabschiedet der Bundesrat die neue «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002». Im gleichen Jahr ruft der UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg der Welt die Herausforderungen für die Menschheit und die internationale Verantwortung sowie auch die Verantwortung für das lokale Handeln in Erinnerung.

Es ist nicht möglich, der Schweiz anhand der Daten, die auf internationaler Ebene verfügbar sind, im Kontext der Entwicklung der Nachhaltigkeitsprozesse im Ausland einen eindeutigen Platz zuzuordnen (vgl. Kapitel 6). Punktuelle Beobachtungen sprechen jedoch für die Hypothese, dass die Schweiz nicht zu den Ländern gehört, die dem Aufruf von Rio im Jahre 1992 am schnellsten gefolgt sind. Zudem hat nur eine kleine Zahl von Schweizer Städten die Charta von Aalborg aus dem Jahr 1994 unterzeichnet (insgesamt 7).

4. Die Gemeinden ohne Nachhaltigkeitsprozess

4. Die Gemeinden ohne Nachhaltigkeitsprozess

Von den 160 Gemeinden, die bei der Erhebung angeschrieben wurden¹⁵, gaben 78 (50 Städte und 28 kleinere Gemeinden) in ihrer Antwort an, dass sie zurzeit keinen Prozess im Sinne einer Agenda 21 führten.

Es war nicht möglich, diese Gemeinden zu charakterisieren und allfällige gemeinsame Punkte daraus abzuleiten. Die Gemeinden decken hinsichtlich Grösse, geographischer Lage und sozioökonomischer Struktur ein breites Spektrum ab.

Die Hauptgründe, die einen Prozess im Sinne einer Agenda 21 verhinderten, konnten jedoch ermittelt werden. Sie sind in Abbildung 4.1 dargestellt.

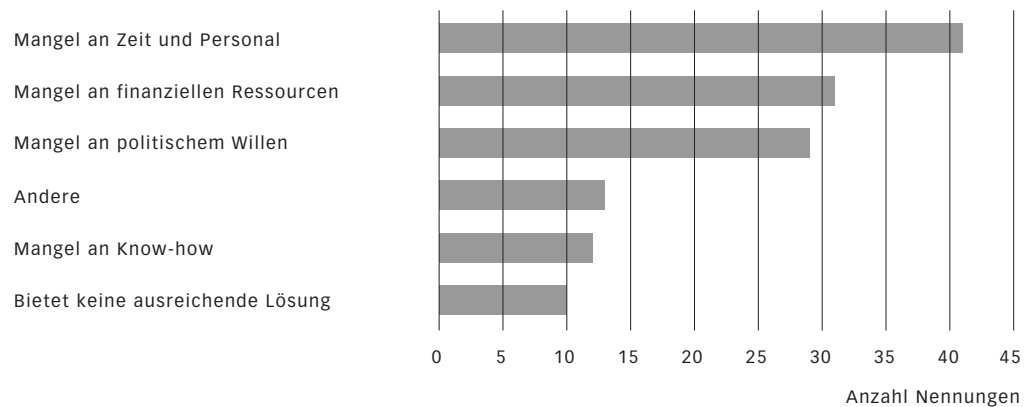


Abbildung 4.1: Gründe, die als Erklärung angegeben werden, weshalb kein Prozess im Sinne einer Agenda 21 geführt wird

Der Grund, der am häufigsten angeführt wurde, ist der Mangel an Zeit und Personal. Der Mangel an finanziellen Mitteln kommt an zweiter Stelle und wird vor allem von den Städten mit weniger als 15000 Einwohnerinnen und Einwohnern genannt. Das Bereitstellen von Methoden, Ausbildungen und Vernetzungen würde Prozesse im Sinne einer Agenda 21 in der Schweiz demzufolge mehr fördern als eine einfache Unterstützung in Form von finanziellen Mitteln. Der Mangel an politischem Willen ist ebenfalls ein entscheidender Punkt, der die Einführung von Prozessen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung verhindert.

Unter «Andere» findet man einige Gemeinden, die sich an anderen Prozessen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung beteiligen (z. B. das Label «Energistadt») und die es vorziehen, ihre Kräfte nicht zu verzetteln.

Von den 78 Gemeinden ohne Prozess planen 29 (mit einem Bevölkerungsanteil von insgesamt mehr als 400000 Personen) die Einführung eines solchen Prozesses in mehr oder weniger absehbarer Zeit. Sieben planen diesen Schritt für das Jahr 2004, etwa zwanzig haben noch kein genaues Datum festgelegt.

¹⁵ Diese Zahl setzt sich aus den 146 zurückgesandten Fragebogen und den 14 zusammengeschlossenen Gemeinden zusammen.

4. Die Gemeinden ohne Nachhaltigkeitsprozess

In Tabelle 4.1 ist der Bevölkerungsanteil, der von den in der Erhebung angekündigten Prozessen betroffen ist, nach Kantonen dargestellt.

Tabelle 4.1: Zahl der Gemeinden und Bevölkerungszahl, die von den angekündigten Prozessen betroffen sind¹⁶

<i>Kanton</i>	<i>Anzahl Gemeinden</i>	<i>Betroffene Bevölkerung</i>
TG	1	8942
FR	2	14720
VS	1	14223
LU	1	16053
AG	2	22776
GE	2	23816
GR	1	31551
SG	3	36068
NE	1	36936
BE	7	60045
VD	4	64551
ZH	4	86232
<i>Total</i>	<i>29</i>	<i>415913</i>

Mittelfristig weisen die Kantone Bern, Waadt und Zürich hinsichtlich der beteiligten Bevölkerung das grösste Wachstumspotential auf.

Ein Drittel der Gemeinden, die beabsichtigen, einen Nachhaltigkeitsprozess einzuführen, haben weniger als 10000 Einwohnerinnen und Einwohner, bei zwei Dritteln liegt die Einwohnerzahl zwischen 10000 und 40000 Personen. Es sind demzufolge die kleinen und mittelgrossen Städte, die sich in den nächsten Jahren am stärksten an einem Nachhaltigkeitsprozess beteiligen wollen.

¹⁶ Die Tabelle ist für die kleinen Gemeinden nicht erschöpfend, da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt (vgl. Kapitel 2.2), doch haben sie hinsichtlich des Bevölkerungsanteils auch weniger Gewicht. Die Ergebnisse für den Kanton Bern sind vollständiger, da der Fragebogen in diesem Kanton an eine grössere Anzahl kleiner Gemeinden verschickt wurde.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

5. Merkmale der Nachhaltigkeitsprozesse

Insgesamt 78 Gemeinden von 94, die einen Nachhaltigkeitsprozess führen, teilten uns in der Erhebung ihre Daten mit. Das folgende Kapitel basiert auf dieser Erhebung und sollte ein repräsentatives Bild von der Situation in der Schweiz vermitteln, da darin etwa 80% der bestehenden Prozesse berücksichtigt werden.

5.1 Gründe für Nachhaltigkeitsprozesse

In Abbildung 5.1 ist die relative Bedeutung der Gründe dargestellt, die den registrierten Prozessen zugrunde liegen.

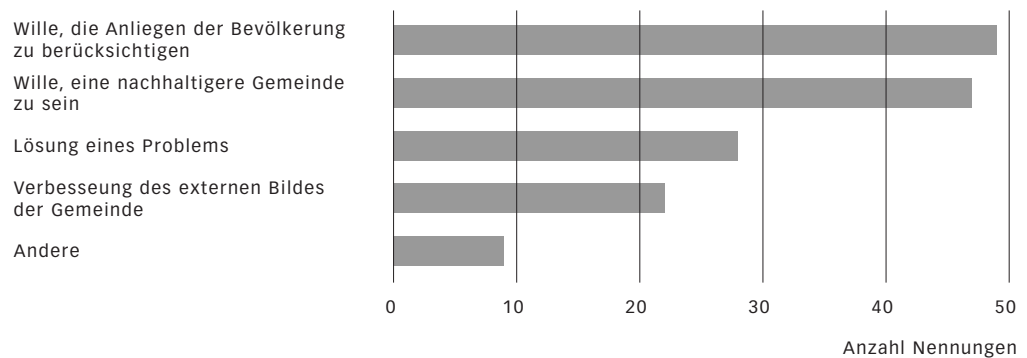


Abbildung 5.1: Gründe, die den verschiedenen Prozessen zugrunde liegen

Die beiden am häufigsten aufgeführten Gründe sind eine bessere Berücksichtigung der Anliegen der Bevölkerung sowie der politische Wille, eine nachhaltigere Gemeinde zu sein. Es kann daraus gefolgert werden, dass eine grosse Anzahl laufender und geplanter Agenda 21-Prozesse das Ziel einer allgemeinen Verbesserung der Gemeinde anstreben.

Nur ein Drittel der Gemeinden gibt an, den Prozess eingeführt zu haben, um damit auf ein spezifisches Problem zu reagieren. Oft geht es um den Versuch, die Lebensqualität an einem bestimmten Ort zu verbessern, soziale Probleme zu lösen oder die Attraktivität der Gemeinde zu vergrössern und so neue Einwohnerinnen und Einwohner anzuziehen. An dieser Stelle kann man die Initiative von Basel anführen, mit der die Lebensqualität in der Stadt verbessert werden soll, um die Stadtflucht und die damit verbundenen Steuerverluste einzudämmen. In Champéry richtet sich die Agenda 21 speziell an die Jugendlichen. Sie zielt darauf ab, diese davon abzuhalten, aus dem Dorf wegzuziehen.

Die Verbesserung des Images der Gemeinde, die oft mit dem Willen verbunden ist, ein Problem zu lösen, scheint ein Ziel zu sein, das mit einem Agenda 21-Prozess erreicht werden kann.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

5.2 Verfahrenstypen

Im Gegensatz zu den Beobachtungen auf europäischer Ebene (vgl. Kapitel 6) sind die Verfahrenstypen in der Schweiz sehr unterschiedlich. Um sich ein Bild von dieser Vielfalt machen zu können, haben wir uns nicht nur auf die Agenda 21-Prozesse beschränkt, sondern haben alle strukturierten Prozesse auf Gemeindeebene berücksichtigt, die sich die Nachhaltige Entwicklung als oberstes Ziel gesetzt haben.

Diese Verfahren können folgendermassen eingeteilt werden (vgl. Abbildung 5.2):

- **Agenda 21:** Diese Prozesse müssen nicht unbedingt so genannt werden. Wir haben diejenigen Prozesse zu dieser Kategorie gezählt, in denen die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung (Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft)¹⁷ enthalten sind, die aus einer Reihe von konkreten Aktionen bestehen und einen Beteiligungsprozess vorsehen. Sieben Städte (Genf, Illnau-Effretikon, Lancy, Lausanne, Neuenburg, Vevey und Yverdon-les-Bains) haben die Charta von Aalborg unterzeichnet, sechs davon stammen aus der Welschschweiz.
- **Allianz in den Alpen**¹⁸: Das Gemeinde-Netzwerk «Allianz in den Alpen» ist ein Zusammenschluss von beinahe 150 Gemeinden im gesamten Alpenraum von Frankreich bis Slowenien. Die Mitgliedsgemeinden des Netzwerks haben sich zusammengefunden, um die Ziele der Alpenkonvention für eine Nachhaltige Entwicklung im Alpenraum konkret umzusetzen. In der Schweiz gehören 20 Gemeinden oder Zusammenschlüsse von Gemeinden dazu. Davon wurde nur eine in die Erhebung einbezogen¹⁹.
- **Aktionsplan Umwelt und Gesundheit (APUG)**²⁰: Dabei handelt es sich um einen Aktionsplan des Bundesamtes für Gesundheit, der zum Ziel hat, Synergien im Sinn der Nachhaltigen Entwicklung zwischen den Umweltanliegen und der Gesundheit zu entwickeln. Sechs Gemeinden aus der Region von Montana, die sich an unserer Erhebung beteiligten, haben ihre Prozesse in dieser Kategorie eingetragen. Andere Gemeinden, die in den zuerst erwähnten Kategorien aufgeführt sind, beteiligen sich in Form von speziellen Aktionen ebenfalls am APUG.

In Abbildung 5.2 ist die Verteilung der Gemeinden nach Verfahrenstypen dargestellt.

¹⁷ In der Praxis liegt das Schwergewicht oft auf einer oder zwei Dimensionen.

¹⁸ Vgl. www.alpenallianz.org

¹⁹ Vier weitere Gemeinden antworteten im August und wurden hier nicht berücksichtigt.

²⁰ Vgl. www.apug.ch/

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

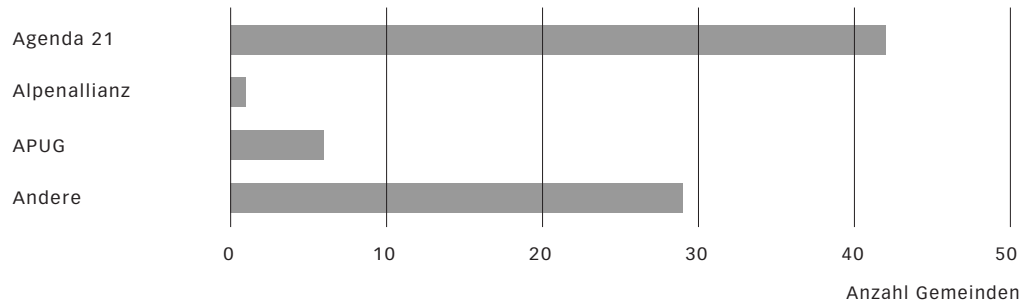


Abbildung 5.2: Verfahrenstypen gemäss Erhebung (Anzahl Gemeinden pro Typ)

Unter der Kategorie «**Andere**» findet man:

- Einzelne, gross angelegte **Projekte oder Aktionen** im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung (z. B. Eggwil)
- Initiativen, die sich auf den kommunalen Entscheidungs**prozess** beschränken (z. B. Observatoire du développement durable in Vernier, ein Beratungsorgan, das Projekte beurteilt, die den Gemeindebehörden vorgelegt werden)
- Die Ausarbeitung einer **Vision** über die Entwicklung der Gemeinde (z. B. «Chancen, Stärken, Schwächen, Risiken», Gemeinden Aesch und Pfeffingen)
- **Beteiligungsprozesse** (z. B. Werkstatt Basel)
- Das Einfließen der Nachhaltigen Entwicklung in die Überlegungen zur Raumplanung, zur interkommunalen Zusammenarbeit etc. (z. B. Initiative Limpachtal)
- Eine **Umweltbilanz** als erste Etappe einer Agenda 21 (z. B. Onex).

In Abbildung 5.3 ist die relative Bedeutung der einzelnen Unterkategorien dargestellt.

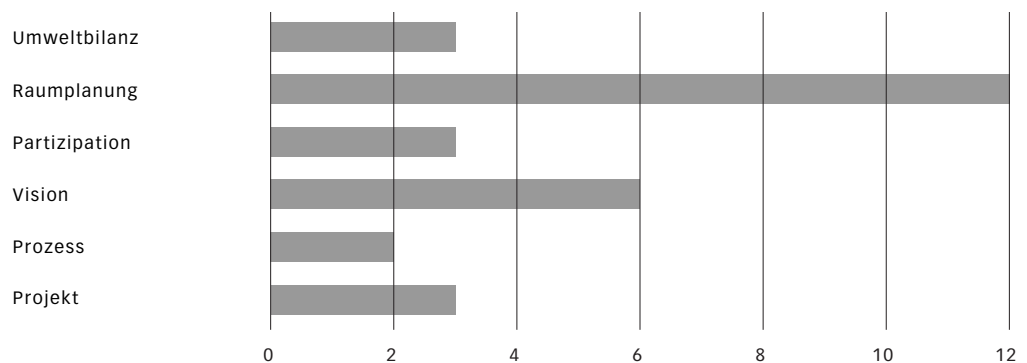


Abbildung 5.3: Verfahrenstypen der Kategorie «Andere»

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

Aufgrund dieser Bestandesaufnahme zeichnet sich eine grosse Vielfalt von Nachhaltigkeitsprozessen in der Schweiz ab. In Abhängigkeit der örtlichen Bedingungen, der bestehenden Synergien oder der verfügbaren Mittel kann die Nachhaltige Entwicklung in ganz verschiedenen Prozessen erfolgen.

Daneben gibt es noch andere Ansätze, die in unserer Erhebung jedoch nicht erfasst wurden, wie etwa das Label «Energistadt»²¹. Das Label «Energistadt» ist manchmal das Trittbrett für einen Prozess im Sinne einer Agenda 21 oder kann als eine von verschiedenen Aktionen zum Aktionsplan einer Agenda 21 gehören. Von den 78 Gemeinden tragen 23 das Label «Energistadt».

5.3 Räumliche Wirkung

Die grosse Mehrheit der erfassten Prozesse erfolgen auf Gemeindeebene (52). Ein nicht unerheblicher Teil wird auf interkommunaler/regionaler Ebene organisiert (24) und nur in zwei Fällen wird der Prozess in einem engeren Kontext in einer Zone oder einem Stadtviertel geführt.

Die Prozesse in den Stadtvierteln und auf interkommunaler Ebene sind nachstehend aufgeführt.

Stadtviertel/Zonen:

- Projet de revalorisation du They, Finhaut
- Nachhaltige Entwicklung im Gebiet Basel-Bernstrasse, Luzern (BaBeL).

Regionale und kommunale Zusammenschlüsse (5 Prozesse für 24 Gemeinden)

- Initiative Limpachtal (12 Gemeinden)
- Aktionsplan Umwelt und Gesundheit (APUG), Region Crans Montana (6 Gemeinden)
- Werkstatt Basel (3 Gemeinden, Kanton BS)
- Unser Weg ins 21. Jahrhundert – grenzüberschreitende Lokale Agenda 21 beider Rheinfelden (2 Gemeinden, davon eine in Deutschland, die nicht registriert ist)
- Chancen, Stärken, Schwächen, Risiken: Gemeinden Aesch und Pfeffingen (2 Gemeinden).

5.4 Etappen

Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass die klassischen Etappen eines Prozesses im Sinne einer Agenda 21 (Sensibilisierung, Bestandesaufnahme, Zielformulierung, Massnahmenkatalog, Umsetzung, Monitoring) weder alle durchlaufen, noch unbedingt in dieser Reihenfolge umgesetzt werden.

Abbildung 5.4 gibt einen Überblick über den Entwicklungsstand der registrierten Prozesse im Juli 2003.

²¹ Vgl. www.energiestadt.ch

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

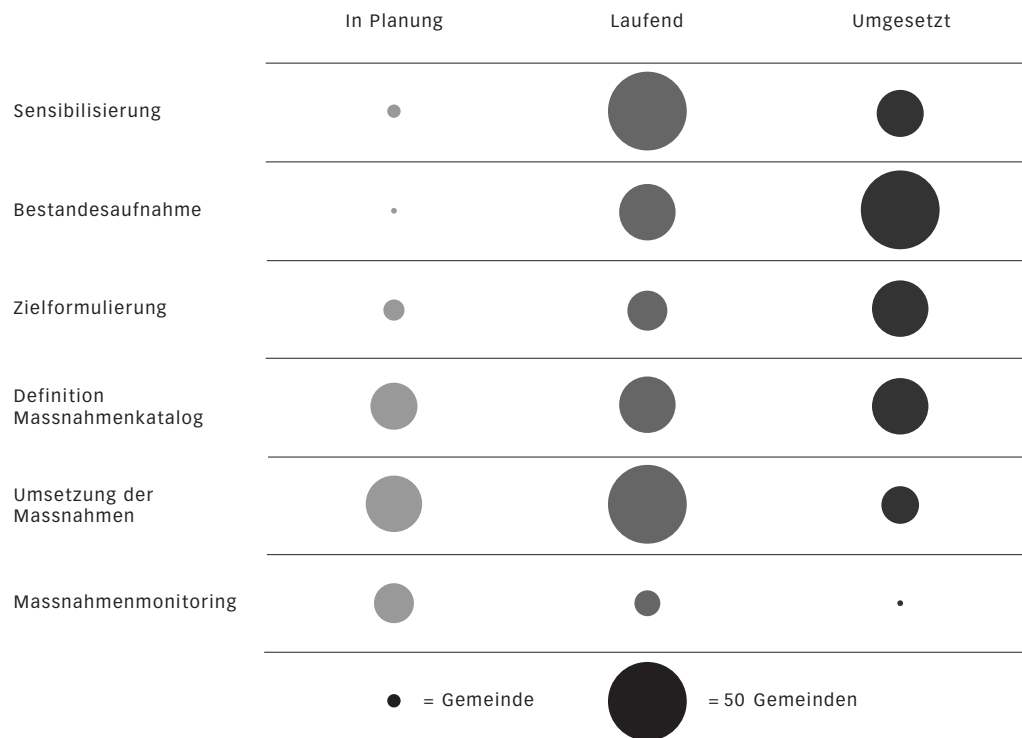


Abbildung 5.4: Überblick über den Entwicklungsstand der verschiedenen Etappen der registrierten Prozesse

Abbildung 5.4 zeigt, dass der Schwerpunkt bis heute vor allem auf die Bestandesaufnahme und die Sensibilisierung gelegt wird. Dennoch wurden bei einem grossen Teil der Prozesse bereits Aktionen durchgeführt.

Es zeigt sich zudem, dass nicht immer Ziele formuliert werden. Diese Etappe scheint nicht als zwingend betrachtet zu werden. Weiter gab es bis vor kurzem praktisch kein Monitoring für die Prozesse. Es scheint hingegen, dass immer mehr Gemeinden sich darauf vorbereiten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Prozesse stark aufs Handeln, aufs Konkrete ausgerichtet sind. Sie scheinen aber nicht unbedingt über die Mittel zu verfügen, um herauszufinden, welche Ziele sie eigentlich erreichen wollen, oder um sicherzustellen, dass die Ziele auch wirklich erreicht werden.

Die gesammelten Daten machen deutlich, dass jeder Prozess anders ist und seine eigenen Etappen in einer speziellen Reihenfolge durchläuft, die nicht unbedingt dem Ablauf in Abbildung 5.4 entspricht. Die grossen Städte, die über mehr Personal und Mittel verfügen, führen hinsichtlich der verschiedenen Phasen die vollständigsten Prozesse.

5.5 Zielsetzungen

Von den 47 Gemeinden, die schon Aktionen durchgeführt haben oder die daran sind, solche durchzuführen, gaben nur 29 an, klare Ziele formuliert zu haben.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

Die angeführten Zielsetzungen wurden zur Analyse in Gruppen zusammengefasst. Abbildung 5.5 zeigt die verschiedenen Formen von Zielsetzungen, die in der Erhebung angegeben wurden, sowie ihr relatives Gewicht.

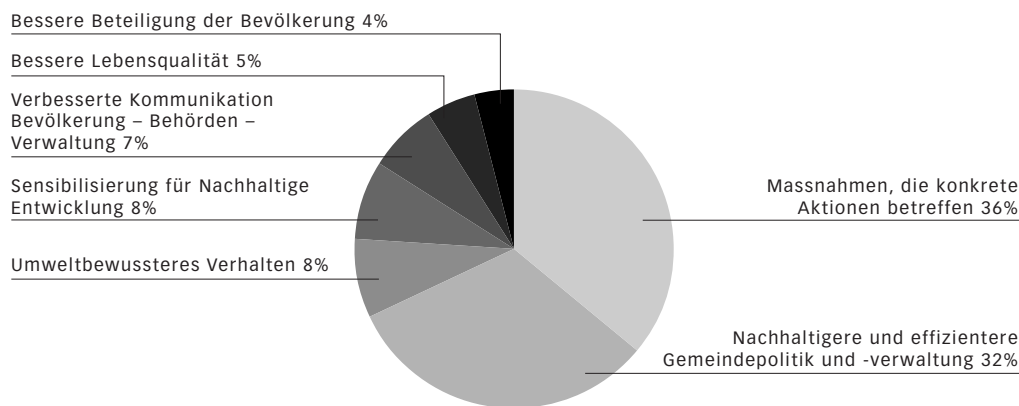


Abbildung 5.5: Arten von Prozesszielen

Den grössten Anteil machen die ganz konkreten Ziele aus, die einen direkten Bezug zu laufenden Aktionen haben. Dieser Teil ist leicht überbewertet, da die Gemeinden, die Ziele auf der Aktionsebene definieren, dazu neigen, mehr Ziele anzugeben (mehrere pro Aktion).

Der andere wichtige Teil betrifft den Willen, die Politik und die Gemeindeverwaltung nachhaltiger und effizienter zu gestalten. Die Gemeinden hoffen, dass ihre Entscheidungsprozesse durch ihre Programme zur Förderung der Nachhaltigkeit effizienter werden. Es zeigt sich also ein offenes Streben nach diesem Aspekt, der häufig «gute Gouvernanz» genannt wird. Dieser kann direkt mit Abbildung 5.1 verglichen werden, in welcher der «Wille, die Anliegen der Bevölkerung zu berücksichtigen», als wichtigster Grund für die registrierten Prozesse angegeben wird.

5.6 Aktionen

Von den 78 Gemeinden, die einen Nachhaltigkeitsprozess führen und unseren Fragebogen ausgefüllt haben, führten etwa 30 zum Zeitpunkt der Erhebung noch keine spezifischen Aktionen durch. Dies lässt sich leicht damit erklären, dass 23 Prozesse erst in den Jahren 2002 und 2003 initiiert wurden (vgl. Abb. 3.7).

In den anderen Gemeinden werden oder wurden im Allgemeinen zwischen fünf und fünfzehn Aktionen durchgeführt, wobei der Beteiligungsprozess «Werkstadt Basel» mit zweihundert Aktionen den Rekord hält. Mit den Aktionen wird mehrheitlich das Ziel verfolgt, die Bevölkerung für umweltbezogene Überlegungen zu sensibilisieren und die Lebensqualität eines Ortes oder einer Bevölkerungsgruppe zu verbessern.

Nur sehr wenige Aktionen haben ein wirtschaftliches Ziel. Einige wenige haben positive wirtschaftliche Nebenwirkungen, z. B. durch Energiesparmassnahmen oder Massnahmen zur Optimierung von Prozessen und Organisationsstrukturen. Das Ziel der Umfrage bestand nicht darin, die Einzelheiten der Aktionen zu untersuchen, weshalb sie auch nicht analysiert wurden.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

5.7 Akteure und Organisation

Die Analyse der Ergebnisse ergibt, dass die Akteure variieren, je nachdem ob sie die Initiatoren des Prozesses, die Verantwortungsträger oder die Akteure, welche die Koordination und das operative Vorgehen sicherstellen, sind.

Initiierung

Der vorherrschende Akteur, der hinter der Initiative zur Einführung eines Prozesses steht, ist die Exekutive, gefolgt von der Verwaltung. Diese beiden Akteure arbeiten in 20% der Fälle zusammen. Die anderen Beteiligten wie die Legislative, die Vereine und andere Akteure treten in dieser Phase weniger häufig auf.

In Abbildung 5.6 sind das relative Gewicht und die Vielfalt der einzelnen Akteurgruppen am Anfang der Prozesse dargestellt.

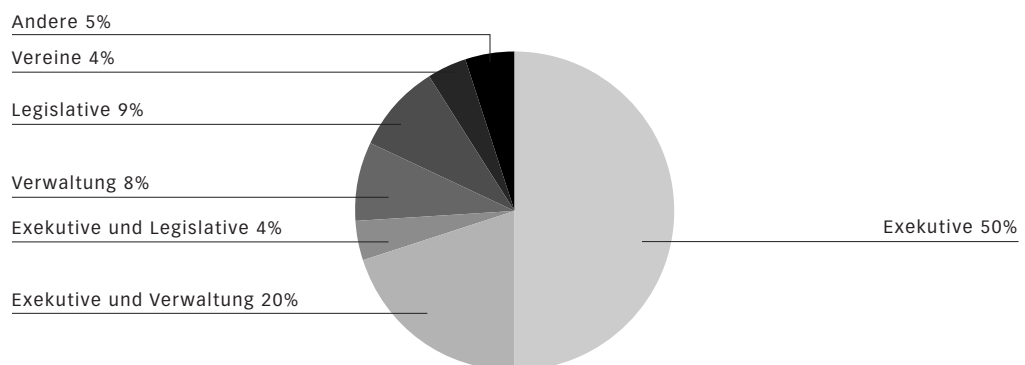


Abbildung 5.6: Akteurgruppen, die Prozesse initiieren

Man beobachtet, dass die Exekutive in etwa der Hälfte der Fälle den Prozess allein initiiert; die anderen Akteurgruppen, die in dieser Phase auftreten, sind sehr unterschiedlich. Auch die Verwaltung spielt eine wichtige Rolle.

Erstaunlich ist, dass von den vielen Gemeinden mit eigenen Parlamenten die Legislative nur in sehr wenigen Fällen eine Förderrolle gespielt hat. Man kann sich fragen, ob ein Prozess im Sinne einer Agenda 21 innerhalb der Parlamente eher als Konkurrenz und nicht als Ergänzung zu den traditionellen politischen Institutionen wahrgenommen wird.

Verantwortung

Bei der Verantwortung für den Prozess ist die Vorrangstellung der Exekutive noch stärker. Dies ist in mehr als 80% der Gemeinden der Fall, manchmal in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, der Legislative oder einem Verein. In Abbildung 5.7 sind das relative Gewicht und die verschiedenen Akteurgruppen, welche die Verantwortung für die Prozesse tragen, dargestellt. Die Verwaltung trägt selten die alleinige Verantwortung. Dies ist nur in grossen Städten der Fall, wenn der Prozess erst vor kurzem von der Verwaltung selber initiiert wurde.

Die Prozesse in Spiez, Stäfa, Eggiwil und Champéry werden unter der Verantwortung eines Vereins geführt.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

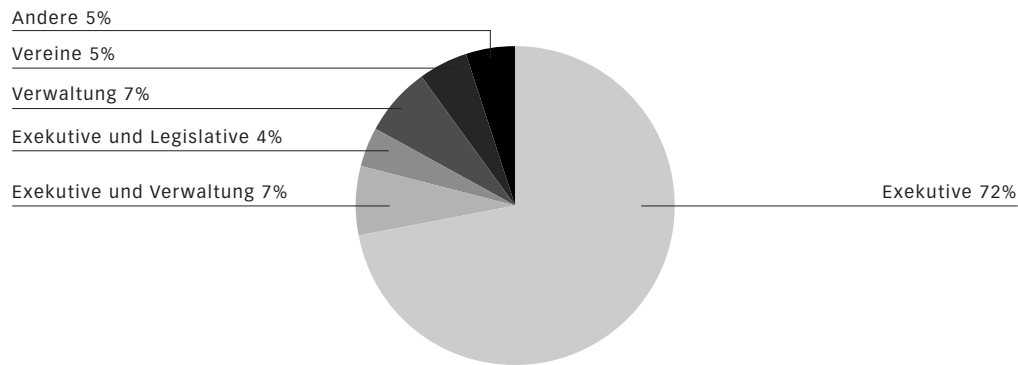


Abbildung 5.7: Relatives Gewicht der verschiedenen Akteurgruppen mit Prozessverantwortung

Koordination

Bei den Akteuren, die mit der Koordination, d. h. mit der Sicherstellung der Kohärenz des Prozesses und dessen Umsetzung, beauftragt sind, finden wir eine ganz andere Situation vor. Man beobachtet eine sehr breite Palette von Möglichkeiten, und es gibt keine so klare Tendenz für den einen oder anderen Akteur wie bei den Initiatoren und den Verantwortlichen. Dieses Phänomen ist in Abbildung 5.8 dargestellt. Diese Situation spiegelt die Verschiedenartigkeit der Prozesse in der Schweiz und die Bedeutung der lokalen Bedingungen und Sensibilitäten bei der Zuteilung dieser Koordinationsfunktion wider. Etwas mehr als ein Viertel der Prozesse werden von einem beauftragten Komitee koordiniert, etwa ein Viertel von der Gemeindeverwaltung. Externe Auftragnehmer werden bei der Koordination in etwa 20% der Fälle einbezogen. Delegierte findet man in etwas mehr als 5% der Fälle, allerdings ausschliesslich in den Verwaltungen der grossen Städte.

Die Vereine spielen in den Prozessen die Rolle des Koordinators, in denen sie auch die Verantwortung tragen (und die sie in den meisten Fällen auch initiiert haben); die Trennung der strategischen und operativen Rollen erfolgt dort intern.

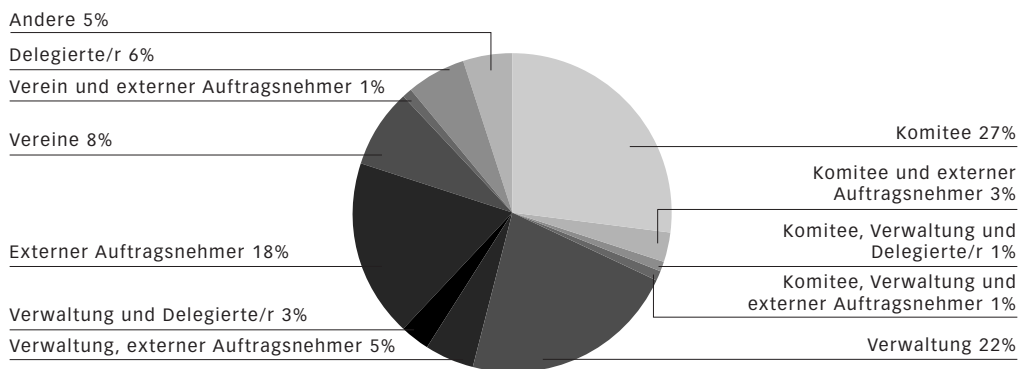


Abbildung 5.8: Verschiedene Akteurgruppen, welche die Prozesse koordinieren

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

5.8 Beteiligung

Abbildung 5.9 zeigt die verschiedenen Akteurgruppen, die an den registrierten Prozessen beteiligt sind.

Die Tatsache, dass die politischen Kreise und die Verwaltung öfter angeführt werden, mag für Prozesse im Sinne einer Agenda 21 überraschen. Sie kann jedoch einfach damit erklärt werden, dass diese Stellen häufig die Rolle der Verantwortlichen, der Koordinatoren und sogar der Initiatoren innehaben, wie in den vorhergehenden Kapiteln erläutert wurde.

Überraschender ist die Tatsache, dass die Bevölkerung sowie die verschiedenen Interessengruppen nur an etwa der Hälfte der Prozesse beteiligt sind.

Die Beteiligung jener Akteure, die wirtschaftliche, umweltrelevante und gesellschaftliche Interessen vertreten, ist ausgeglichen. Anhand der verfügbaren Daten ist es jedoch nicht möglich, die Qualität und das Gewicht ihres Beitrags zu beurteilen.

Die Akteurgruppen, die oft als schwach eingestuft werden, wie die Betagten und die Jugendlichen, sind nur bei einem Viertel respektive einem Drittel der Prozesse beteiligt. Dieser Anteil ist relativ klein angesichts der angestrebten Ziele der Nachhaltigen Entwicklung. Die Kinder und die Jugendlichen sind nämlich Gegenstand eines ganzen Kapitels in der Agenda 21 von Rio aus dem Jahre 1992²².

Der partizipative Aspekt muss daher gefördert werden, um die Akteure der Gesellschaft einzubeziehen, die traditionell an den Rand gedrängt werden. Da es oft schwierig ist, diese Akteure zu erreichen, müssen neue Techniken und Methoden zur Förderung ihrer Beteiligung entwickelt und angewandt werden.

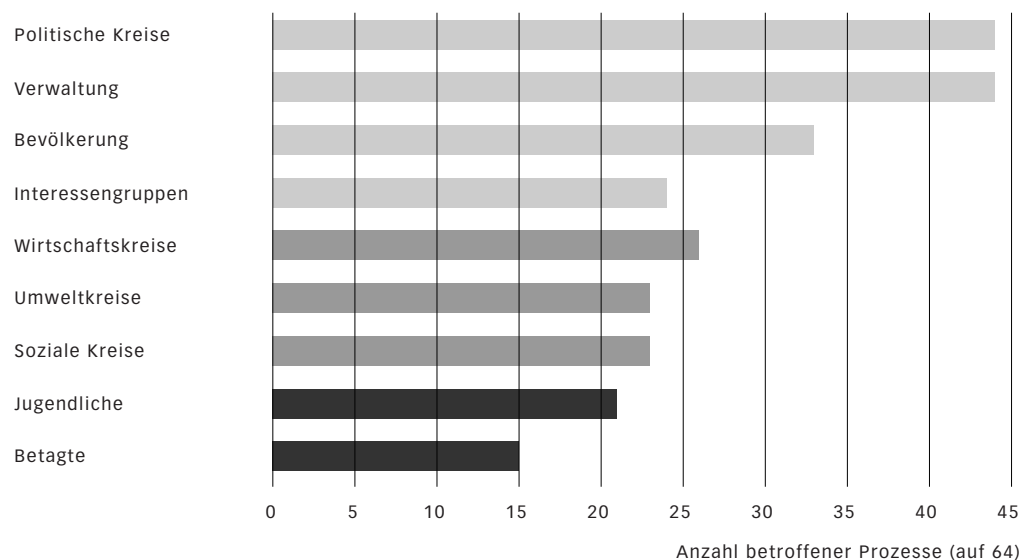


Abbildung 5.9: Akteurgruppen, die an den Prozessen beteiligt sind

²² Kapitel 25: Children and youth in sustainable development

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

Die Palette der Methoden und Vorgehensweisen, die angewandt werden, um die verschiedenen Gruppen in die Prozessen zu integrieren, ist relativ breit (vgl. Abb. 5.10).

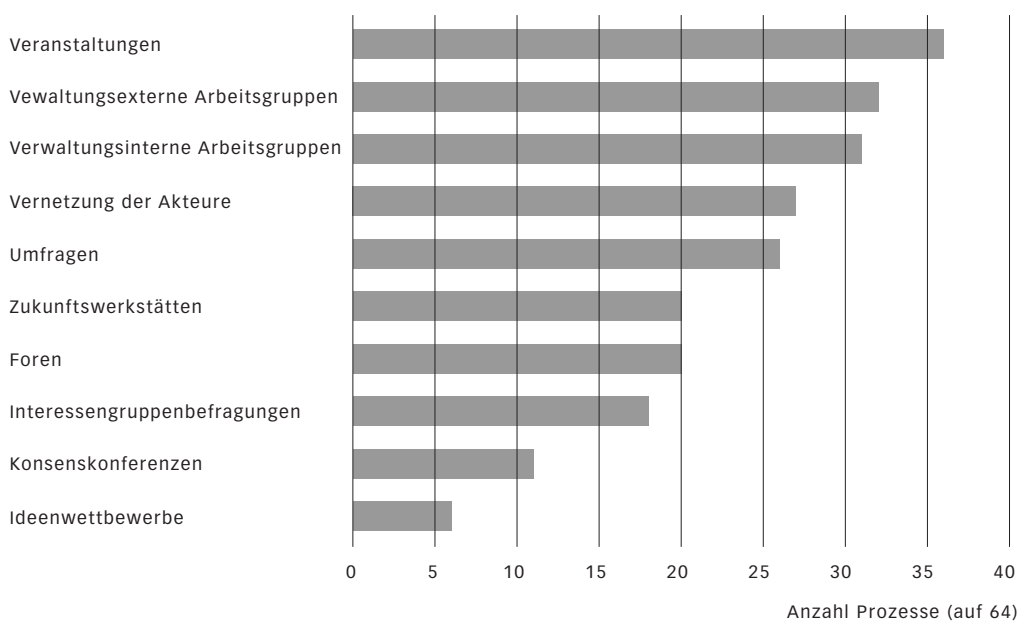


Abbildung 5.10: Angewandte Beteiligungsmethoden

Die wichtigsten Beteiligungsmethoden sind das Organisieren von Veranstaltungen (oft, um zu Beginn eines Prozesses bekannt zu werden) sowie verwaltungsinterne oder -externe Arbeitsgruppen. Bei fast der Hälfte der Prozesse wurde bei der Bevölkerung eine Umfrage durchgeführt.

Die Beteiligungsmethoden im engeren Sinn sind relativ vielfältig. So werden zum Beispiel Konsenskonferenzen, Zukunftswerkstätten und Foren organisiert, welche häufig miteinander kombiniert werden. Allerdings werden sie nicht oft angewandt. Es wurde bei weniger als der Hälfte der Prozesse wenigstens einmal auf sie zurückgegriffen.

5.9 Kommunikation

Im Bereich der Kommunikation (vgl. Abb. 5.11) sind die Veröffentlichung von Inseraten in der Lokalzeitung, die Erarbeitung einer Website und die Organisation von Veranstaltungen die am häufigsten angewandten Mittel. Der Versand von Briefen an die Bevölkerung ist relativ selten. Gewisse Prozesse verfügen über ein Informationsbüro für die Öffentlichkeit, doch beschränken sich solche Mittel normalerweise auf die grossen Städte.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

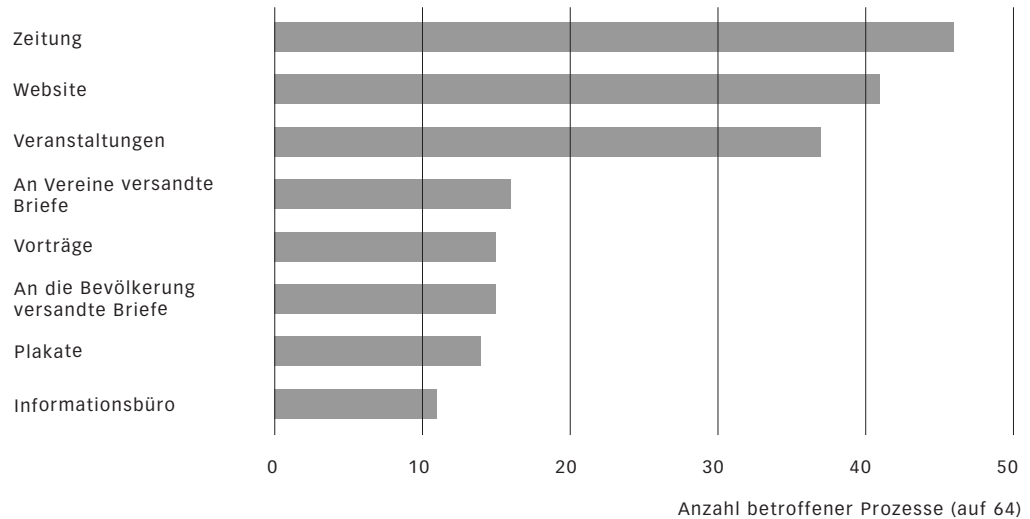


Abbildung 5.11: Verwendete Kommunikationsmittel

5.10 Evaluationssysteme

Wie schon bei der Analyse der Etappen festgestellt wurde (vgl. Abb. 5.4), ist das systematische Monitoring der einzelnen Prozesse und Aktionen auf Gemeindeebene noch wenig entwickelt. Aufgrund der komplexen Problematik der Nachhaltigen Entwicklung, die langfristig und unter Berücksichtigung aller Akteure erfolgen muss, ist der systematische Einsatz von Evaluationinstrumenten oder -methoden die einzige Möglichkeit, um die Qualität der Prozesse sowohl auf der Ebene der Prozesse selbst als auch auf der Ebene der Ergebnisse sicherzustellen.

Bei der Evaluation (siehe Abbildung 5.12) müssen zwei Ebenen unterschieden werden:

- Die projektunabhängigen Indikatorensysteme, die eine Bestandesaufnahme auf Gemeindeebene erlauben und in der Folge die möglichen Entwicklungen aufzeigen (diese Indikatoren betreffen zum Beispiel die Menge der Haushaltsabfälle, die Wahlbeteiligung, ...).
- Die Systeme zur Evaluation von Massnahmen und Projekten (qualitative Bewertung und Bewertungsraster gemäss Erhebung), mit denen überprüft werden kann, ob ein bestimmtes Projekt in die gewünschte Richtung geht.

Nur knapp zwanzig Prozesse in den grössten Gemeinden verfügen über ein Indikatorensystem oder sind daran, ein solches zu entwickeln. Initiativen, wie der vom ARE koordinierte «Cercle indicateurs»²³, zielen darauf ab, diese Zahl zu vergrössern.

Fünfundzwanzig Prozesse gaben an, ein Instrument zur qualitativen Bewertung ihrer Projekte zu verwenden. Mit den verfügbaren Daten ist es jedoch nicht möglich, die tatsächliche Qualität dieser Instrumente zu erfassen, und vermutlich muss in diesem Bereich noch umfang-

²³ Vgl. www.aren.admin.ch/aren/de/nachhaltig/indikatoren_aktuell/

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

reiche Arbeit geleistet werden²⁴. Etwas mehr als zwanzig Prozesse verfügen über ein Projektevaluationsraster oder sind daran, ein solches Raster zu erarbeiten, um Projekte ausserhalb der Aktionen für eine Nachhaltige Entwicklung im eigentlichen Sinn evaluieren zu können. Das ARE ist daran, die verschiedenen Instrumente zu erfassen und daraus einen Leitfaden für die Gemeinden zu erarbeiten.

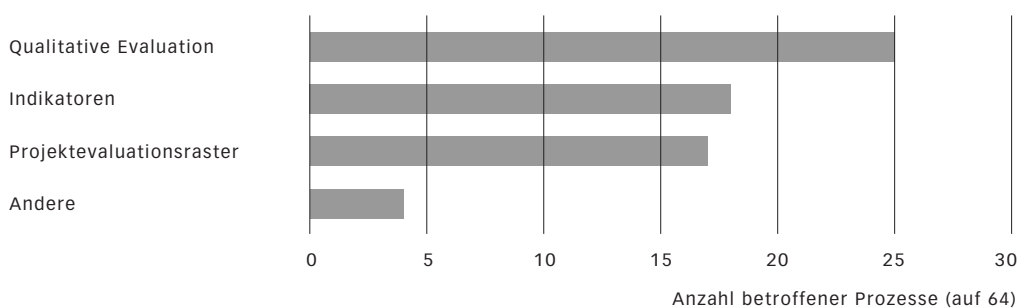


Abbildung 5.12: Verwendete Evaluationssysteme

5.11 Themen

In Abbildung 5.13 sind die Themen dargestellt, die in den befragten Gemeinden am häufigsten behandelt wurden. Es ist bezeichnend, dass die beiden Themen, die am meisten genannt werden («Verkehr und Mobilität» sowie «Raumplanung») komplexe Themen sind, die mit den drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung eng verknüpft sind.

Das Thema «Natur und Landschaft» scheint oft in die Nachhaltigkeitsprozesse integriert zu sein, während «Wald» und «Luft» erst ganz am Schluss genannt werden. Dies macht deutlich, dass die Nachhaltigkeitsprozesse eher einen integrierten und globalen Ansatz verfolgen, als dass sie sich auf spezifische Themen konzentrieren.

Die «Sensibilisierung» und die «Kommunikation» sind weitere Schwerpunkte in den berücksichtigten Prozessen, ebenso der Aspekt der «Energie».

Die «sozialen» Themen werden vor allem bei der «Integration» und der «Gesundheit» berücksichtigt. Die Aspekte der «internationalen Zusammenarbeit» (die vielleicht weniger in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt) und der «Gleichberechtigung Mann/Frau» werden nur selten behandelt, obwohl sie zu den Themen der Agenda 21 von Rio gehören.

Es scheint, dass die behandelten Themen aufgrund von lokalen Anliegen ausgewählt wurden, d. h., dass die Agenda 21 von Rio dem lokalen Umfeld der Schweiz angepasst wurde.

²⁴ Forschungsprojekt sanu/IDHEAP: «Erfolge der nachhaltigen Entwicklung: Erarbeiten wissenschaftlicher Grundlagen für ein Controllinginstrument», www.sanu.ch

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

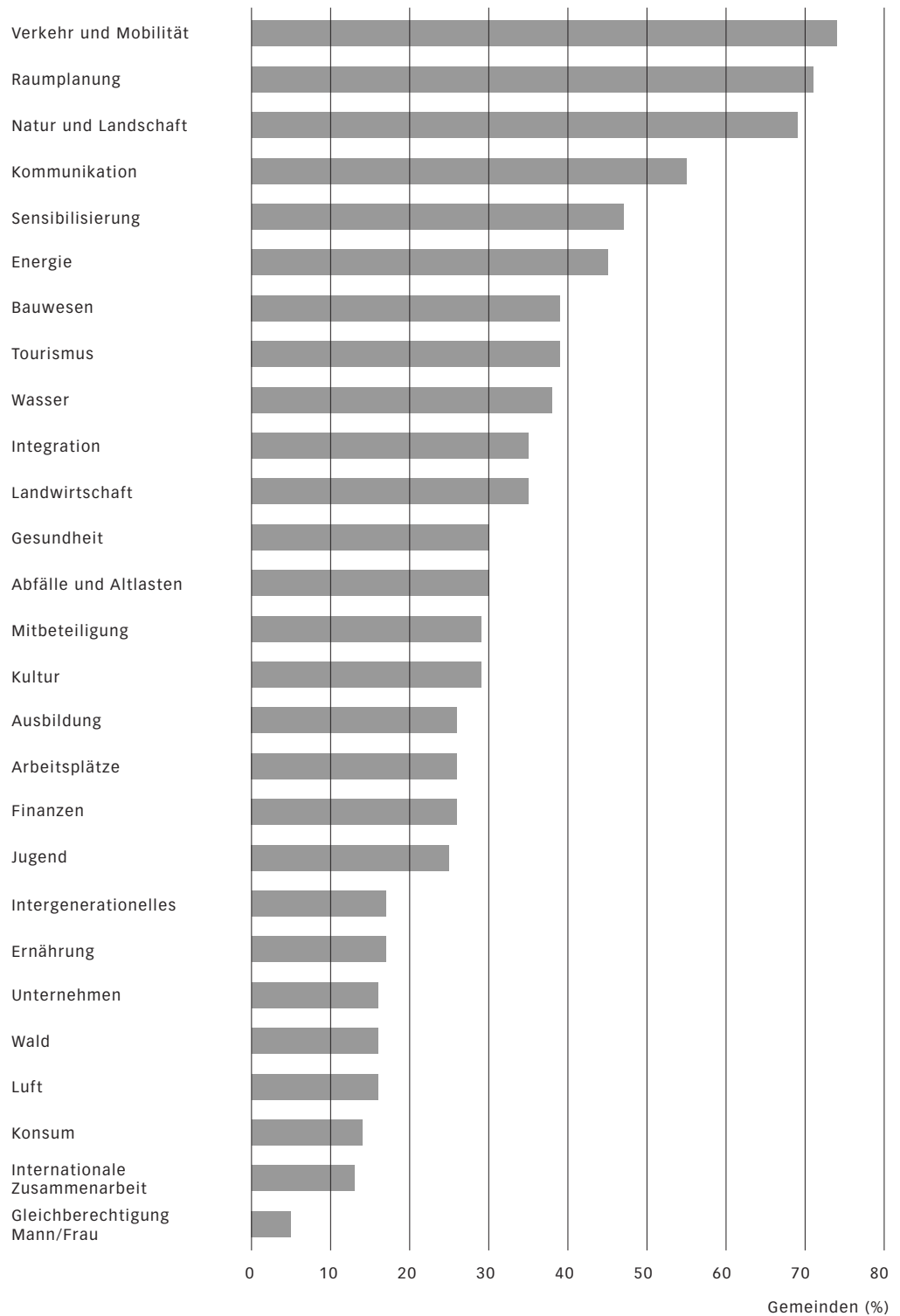


Abbildung 5.13: Themen, die in den verschiedenen Prozessen behandelt werden

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

5.12 Schwerpunkte

Im Fragebogen wurde verlangt, höchstens zwei der drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung anzukreuzen, die im Prozess vorrangig scheinen; damit wurde die Absicht verfolgt, allfällige Tendenzen für die registrierten Prozesse deutlich zu machen.

Im Allgemeinen geht daraus hervor, dass die Dimensionen «Gesellschaft» und «Umwelt» besser vertreten sind als die wirtschaftliche Dimension.

Abbildung 5.14 zeigt ein Ergebnis, das vielleicht überrascht. Die Prozesse in der Westschweiz beschäftigen sich öfter mit der Umwelt als mit der Gesellschaft, während man in der Deutschschweiz das umgekehrte Verhältnis vorfindet. Dieses Ergebnis scheint im Widerspruch zur Tendenz zu stehen, die man in der «traditionellen» Politik beobachten kann. Man kann vermuten, dass die Nachhaltigkeitsprozesse eher die Dimensionen berücksichtigen, die im Rahmen der gewöhnlichen Politik allgemein vernachlässigt werden, und so eine Art Kompensation darstellen. Da das Umweltbewusstsein in der Deutschschweiz stärker in die Lebensgewohnheiten eingeflossen ist, haben soziale Anliegen in den dortigen Nachhaltigkeitsprozessen mehr Gewicht; das Umgekehrte gilt für die Westschweiz.

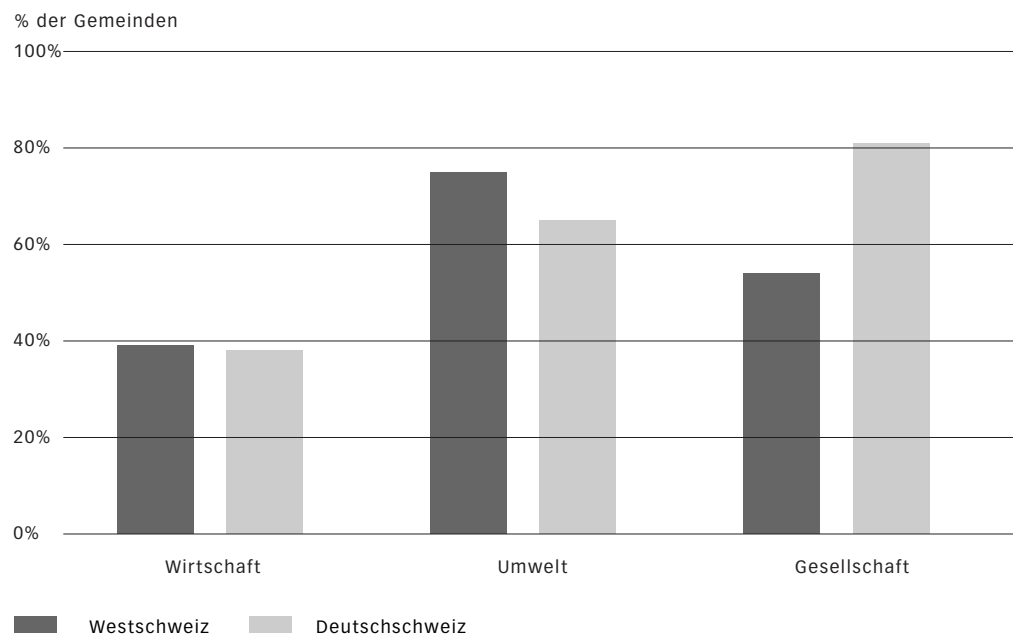


Abbildung 5.14: Berücksichtigung der drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung in den Prozessen in der Westschweiz und in der Deutschschweiz

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

5.13 Herbeigeführte Veränderungen

Die Nachhaltigkeitsprozesse haben Veränderungen in der Verwaltung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zur Folge. Es kann zwischen Änderungen in der Gesetzgebung und Änderungen auf der organisatorischen Ebene der Gemeinde unterschieden werden.

Änderungen in der Gesetzgebung

Die Erhebung zeigt, dass die Prozesse in etwa zwanzig Fällen tatsächlich zu rechtlichen Änderungen geführt haben, was zur Anpassung oder der Schaffung von neuen Gesetzen oder Gemeindereglementen führte (vgl. Abb. 5.15).

Es handelt sich mehrheitlich um die Änderung von Gemeindereglementen, um so die wesentlichen Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Bauwesen, Energie, Parkmöglichkeiten, Mobilität, Abfallwesen, Wasser etc. in die Politik zu integrieren.

Mehrere Gemeinden haben die Nachhaltige Entwicklung entweder im Bereich der Bodennutzung oder im Bereich des Mobilitätsmanagements in ihren Nutzungsplan oder ihren Richtplan integriert.

Weiter werden Chartas für die Nachhaltige Entwicklung erarbeitet (freiwilliges politisches Engagement, das rechtlich jedoch nicht zwingend ist) und neue Verwaltungsverfahren entwickelt, in denen die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung integriert sind (indem zum Beispiel verlangt wird, dass der Aspekt des Energiesparens berücksichtigt oder dass eine Analyse der Auswirkungen auf die Nachhaltige Entwicklung durchgeführt wird).

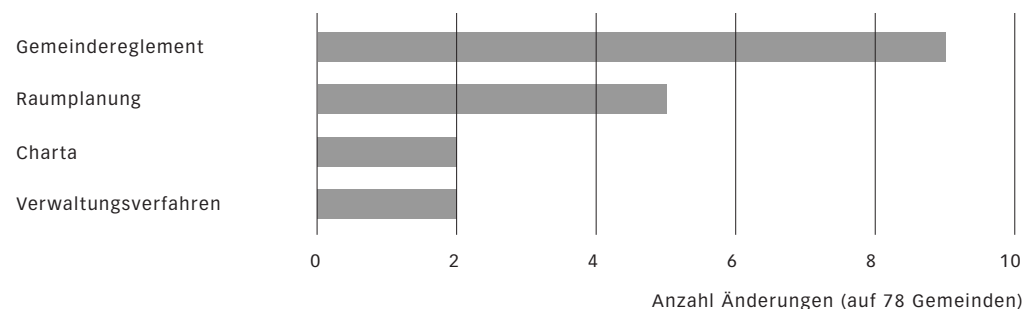


Abbildung 5.15: Verschiedene Änderungen in der Gesetzgebung

Organisatorische Änderungen

Die Veränderungen, die in erster Linie die Gemeindeorganisation betreffen (32 registrierte Fälle), kommen häufiger vor als die Änderungen in der Gesetzgebung. Auf dieser Ebene findet man vor allem zwei Formen von Änderungen:

- Die Schaffung von Koordinationsorganen und -verfahren, die geeignet sind, die übergreifenden Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung zu fördern (Koordinatoren, Delegierte, Arbeitsgruppen oder Agenda 21-Komitees).
- Die Schaffung von beobachtenden, begleitenden und beratenden Strukturen im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung (Nachhaltigkeitsräte, permanente Foren, Spezialkommissionen der Legislative, ...).

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

Abbildung 5.16 zeigt, dass die erste Form (Koordinatoren, Arbeitsgruppen) häufiger anzutreffen ist als die zweite (Nachhaltigkeitsräte, Kommissionen der Legislative). Die beiden Formen erfüllen nicht die gleichen Funktionen, sie ergänzen sich vielmehr. Dieses Ungleichgewicht könnte auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass es schwieriger ist, einen Nachhaltigkeitsrat oder ein Nachhaltigkeitsforum zu bilden als einen Delegierten resp. eine Delegierte zu ernennen oder eine Arbeitsgruppe zu schaffen. Dies verlangt insbesondere ein viel stärkeres politisches Engagement.

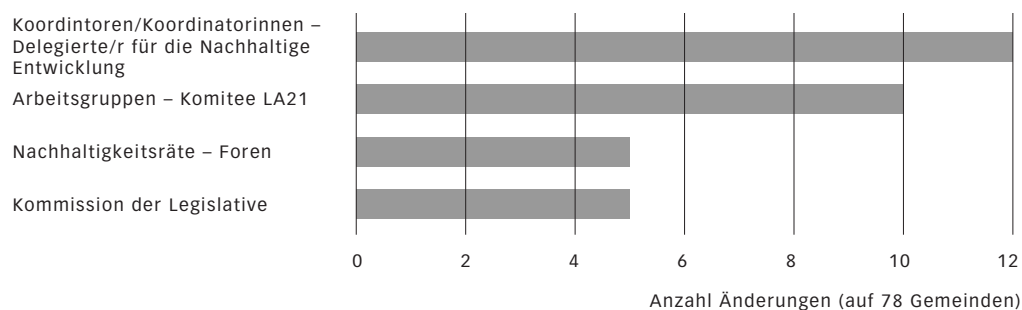


Abbildung 5.16: Verschiedene Formen von organisatorischen Änderungen

5.14 Gewinne

Die Erhebung gibt einen Überblick über die möglichen Gewinne, die ein Nachhaltigkeitsprozess schaffen kann. Sie wurden in aktuelle Gewinne und erhoffte Gewinne unterteilt und sind nachstehend detailliert aufgeführt. Der Fragebogen liess die Charakterisierung der möglichen Gewinne offen; sie wurden nachträglich für die Analyse in Gruppen zusammengefasst.

Man stellt fest, dass nur wenige Gemeinden im Stande sind, die aktuellen Gewinne ihrer Prozesse aufzuzählen. Diejenigen Gemeinden, die sagen können, was sie erreichen möchten, sind auch nicht zahlreicher. Dies muss wahrscheinlich damit in Verbindung gebracht werden, dass nur wenige Gemeinden konkrete Ziele für ihren Prozess definiert haben (vgl. Kapitel 5.5).

Aktuelle Gewinne

Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass die aktuellen Gewinne stärker auf die Form des Prozesses als auf seinen Inhalt zurückzuführen sind (vgl. Abb. 5.17). Als erkennbare Gewinne zeichnen sich einerseits die verbesserte Gemeindeverwaltung (bessere Integration der verschiedenen Sektorialpolitiken, übergreifende Strukturen, erhöhte Effizienz durch die Einführung von klaren Verfahren, bessere Berücksichtigung der verschiedenen Akteure, Beratung, ...) und andererseits eine bessere Kommunikation zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Behörden ab.

Die Prozesse scheinen auch in den Bereichen der Sensibilisierung für die Nachhaltige Entwicklung und der Beteiligung der Bevölkerung an den Gemeindeangelegenheiten einige Erfolge zu verzeichnen. Die wesentlichen Gewinne, die sich direkt aus konkreten Aktionen ergeben, werden im Verhältnis weniger oft erwähnt und die Verbesserung der Lebensqualität oder des Bildes der Gemeinde sind Ziele, deren Erreichung sicher mehr Zeit benötigen.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

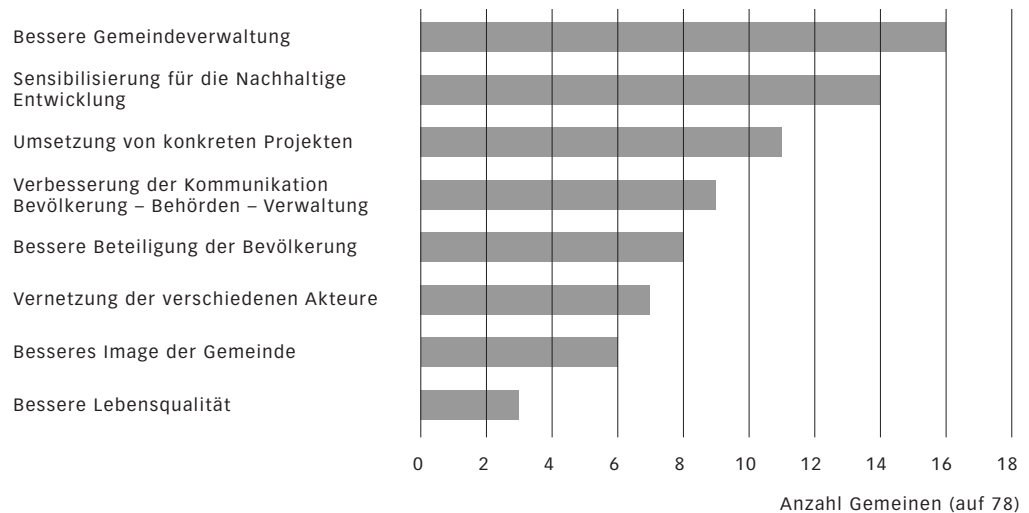


Abbildung 5.17: Aktuelle Gewinne der verschiedenen Prozesse

Erhoffte Gewinne

Die erhofften Gewinne, die am häufigsten angeführt werden, sind die Verbesserung der Lebensqualität und eine nachhaltigere Gemeindeverwaltung (vgl. Abb. 5.18). Diese Gewinne können zunächst nur schwer gemessen werden, da sie erst langfristig messbare Ergebnisse liefern.

Eine verbesserte Kommunikation zwischen Gemeindebehörden, Verwaltung und Bevölkerung liegt bei den Hoffnungen, die in die Nachhaltigkeitsprozesse gesetzt werden, auf den vorderen Plätzen. Dieser Aspekt kann bei derartigen Prozessen nicht vernachlässigt werden und wird bei einigen Gemeinden bereits zu den aktuellen Gewinnen gezählt (vgl. Abb. 5.17). Diesbezüglich ist es interessant zu sehen, dass dieser Punkt bereits bei den Gründen, die hinter der Einführung der Prozesse stehen, an erster Stelle genannt wird (vgl. Abb. 5.1), jedoch in den ausdrücklichen Zielen nicht erwähnt wird (vgl. Abb. 5.5).

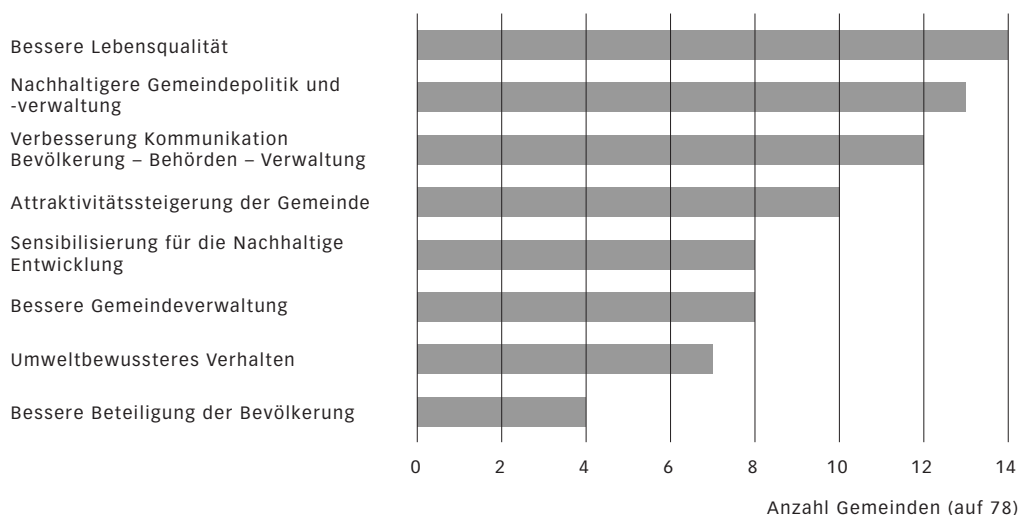


Abbildung 5.18: Erhoffte Gewinne der verschiedenen Prozesse

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

Vergleicht man die Abbildungen 5.17 und 5.18 miteinander, kann man feststellen, dass die erhofften Gewinne, die am häufigsten angeführt werden, bei den aktuellen Gewinnen an letzter Stelle kommen, wie etwa die Verbesserung der Lebensqualität. Es scheint im Bereich der Kommunikation demzufolge wichtig, in der Lage zu sein, die sich abzeichnenden Gewinne zu erkennen, auch wenn es sich dabei nicht um Gewinne handelt, die direkt angestrebt wurden. So kann der Prozess aufrechterhalten werden, was den mittel- und langfristigen Gewinnen Zeit gibt, konkrete Formen anzunehmen.

5.15 Kosten und Finanzierung

Die Daten für die ungefähren Kosten konnten für 28 Prozesse zusammengetragen werden. Diese Zahlen sind jedoch aus den folgenden drei Gründen mit Vorsicht zu beurteilen: Erstens liegt mit den Ergebnissen der Erhebung keine detaillierte Rechnungsführung vor. So wurden in einigen Fällen gewisse Verpflichtungen, wie etwa die Löhne und Gehälter, nicht berücksichtigt. Zweitens wurden gewisse Aktionen beiseite gelassen, die nicht im Rahmen einer Agenda 21 organisiert wurden, die aber dennoch erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Gemeinde hatten. Schliesslich erwähnten nicht alle Gemeinden die Aktionen mit Eigenmittelfinanzierung.

In Abbildung 5.19 sind die verschiedenen Finanzierungsformen und ihre Häufigkeit abgebildet; die Höhe der Beträge wird dabei nicht berücksichtigt. Mehr als 60% der Prozesse werden von den Gemeinden selbst bezahlt. Beinahe 20% der Beiträge werden vom Bund geleistet, die restlichen Gelder stammen aus verschiedenen Quellen.

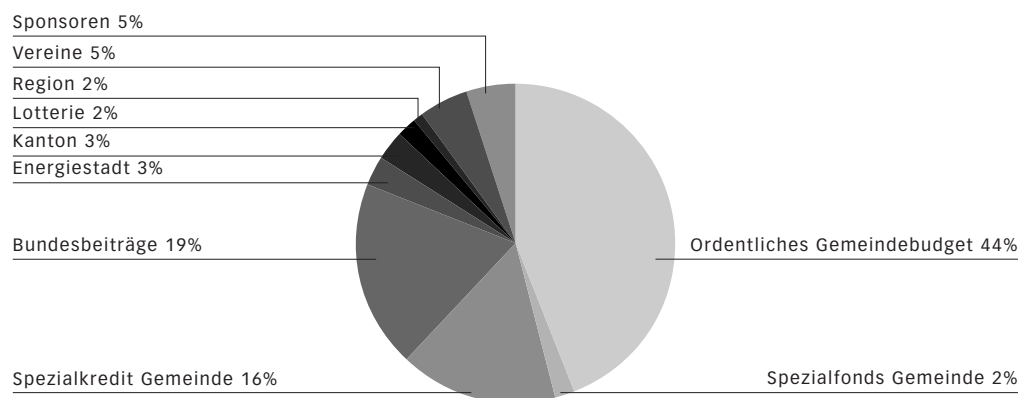


Abbildung 5.19: Häufigkeit der verschiedenen Finanzierungsformen (ohne Berücksichtigung der Höhe der Beträge)

Betrachtet man die Höhe der Beträge, machen die Leistungen der Gemeinden durchschnittlich 60% aus. Bei den Bundesbeiträgen können erhebliche Unterschiede festgestellt werden. In zahlreichen Fällen werden Bundesbeiträge des Förderprogramms BUWAL/ARE²⁵ ausbezahlt, doch sind diese Beiträge nicht sehr hoch. Im Gegensatz dazu sind die Beiträge des APUG zwar höher, doch kommen sie nur wenigen Projekten zugute.

²⁵ Das Förderprogramm wurde bis ins Jahr 2000 vom BUWAL verwaltet, danach dem ARE übertragen.

5. Charakteristiken der Nachhaltigkeitsprozesse

Die Beiträge von Sponsoren und Vereinen sind ebenfalls relativ klein, sie bewegen sich jedoch immerhin mehr oder weniger in der gleichen Grössenordnung wie die Bundesbeiträge, ausgenommen das Programm des APUG. Es ist für die Gemeinden demzufolge genau so interessant, sich um Beiträge von lokalen Akteuren zu bemühen, wie Bundesbeiträge zu beantragen.

5.16 Aufgetretene Probleme

Die Probleme, die am häufigsten genannt wurden, betrafen die Prozessführung selber. Dies kann von persönlichen Konflikten bis hin zu methodischen Fehlern gehen, die auf den neuen und experimentellen Charakter gewisser Prozesse zurückzuführen sind, aber auch von der Schwierigkeit herrühren, die grosse Zahl der potentiellen Akteure und ihre Verschiedenartigkeit zu berücksichtigen.

Hinzu kommen die Zurückhaltung der Verwaltung gegenüber Neuerungen und die Angst vor einer grösseren Arbeitsbelastung sowie der Mangel an finanziellen Mitteln. Weiter werden das mangelnde Interesse sowie die Schwierigkeit angeführt, bei den Politikerinnen und Politikern auf Akzeptanz für den Prozess zu stossen und den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung fassbarer zu machen.

Der Mangel an Personal scheint für diese Gemeinden eindeutig weniger wichtig zu sein als in den Gemeinden, die noch keinen Nachhaltigkeitsprozess führen (vgl. Abb. 4.1). Dies macht deutlich, dass dieser Aspekt entscheidend ist und vor der Einführung eines Prozesses eine Lösung gefunden werden muss. Das Ergebnis könnte auch umgekehrt interpretiert werden, indem man sagt, dass der Bedarf an Personal von den Gemeinden überbewertet wird, wenn sie sich gegen die Einführung eines Prozesses entscheiden.

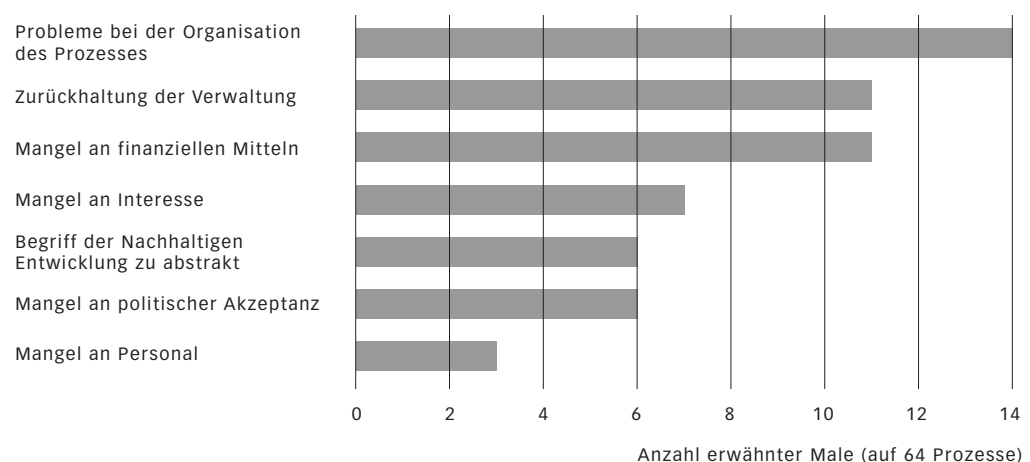


Abbildung 5.20: Aufgetretene Probleme

6. Vergleich mit der Situation Europa – und Weltweit**6. Vergleich mit der Situation in Europa und weltweit**

Im Jahre 2001 wurde vom ICLEI²⁶ als Vorbereitung für den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahre 2002 eine ähnliche Erhebung durchgeführt. Dieses Dokument ermöglicht es, gewisse Aspekte der Nachhaltigkeitsprozesse in der Schweiz in einem anderen Rahmen zu betrachten²⁷.

Bei dieser Erhebung wurden weltweit 6000 kommunale Nachhaltigkeitsprozesse erfasst, davon 80% in Europa.

Zu den fortschrittlichsten Ländern Westeuropas gehört Schweden, wo alle Gemeinden Prozesse im Sinne der Lokalen Agenda 21 führen (vgl. Tabelle 6.1). In England sind 90% der Gemeinden an einer Lokalen Agenda 21 beteiligt. Auch die anderen nordischen Staaten sowie Belgien, die Niederlande und Deutschland sind mit ihren Prozessen weit fortgeschritten. Die Zahlen wurden leider nicht in Abhängigkeit der Bevölkerung angegeben, was einen Vergleich erschwert. Die fortschrittlichsten Länder haben die Lokale Agenda 21 zum Gegenstand einer Förderungskampagne auf nationaler Ebene gemacht.

Tabelle 6.1: Anteil der Gemeinden mit einer Lokalen Agenda 21 in den Ländern Westeuropas

<i>Länder</i>	<i>Gemeinden mit einem Lokalen Agenda 21-Prozess²⁸ (in %)</i>
Schweden	100.0
Grossbritannien	90.8
Dänemark	78.6
Finnland	67.0
Norwegen	65.1
Luxemburg	58.5
Island	29.8
Irland	25.4
Belgien	18.0
Niederlande	16.4
Deutschland	14.3
Portugal	8.9
Italien	5.3
Spanien	4.4
Griechenland	3.8
Schweiz	3.3
Österreich	2.7
Frankreich	0.2

²⁶ ICLEI: International Council for Local Environmental Initiatives (www.iclei.org)

²⁷ ICLEI, 2002: Second Local Agenda 21 Survey – Background Paper N° 15, UN Department of Economic and Social Affairs, 29 S.

²⁸ Berechnet aufgrund des ICLEI (2002) und der nationalen Statistiken der einzelnen Länder. Es muss berücksichtigt werden, dass der Prozentsatz der Schweiz dem Stand im Sommer 2003 entspricht, während der Anteil der anderen Länder aufgrund der Daten aus dem Jahre 2001 berechnet wurde.

6. Vergleich mit der Situation Europa – und Weltweit

6.1 Behandelte Themen

Weltweit ist die Wasserproblematik das Thema, das in allen Kontinenten unabhängig vom Entwicklungsstand der betroffenen Länder immer wieder auftaucht. Zum Zeitpunkt der Erhebung war das Thema in der Schweiz von mässiger Bedeutung (vgl. Abb. 5.13), obwohl die Vereinten Nationen das Jahr 2003 zum «Jahr des Wassers» erklärt hatten.

In **Afrika** und in **Südamerika** sind die vorrangigen Themen der Kampf gegen die Armut, die wirtschaftliche Entwicklung, die Gesundheit und die Entwicklung der Gemeinden. Es wird dort hauptsächlich auf die soziale und die wirtschaftliche Dimension abgezielt. Die Erhebung des ICLEI ergibt, dass die Umweltkomponente in 66% der Gemeinden in Ländern mit einem hohen BSP stark gewichtet wird, während dieser Anteil bei den Ländern mit einem tiefen BSP auf 27% sinkt.

In **Asien** sind die Agenda 21-Prozesse stark auf die Umwelt ausgerichtet.

In **Europa** sind die am häufigsten behandelten Themen der Reihe nach:

- Energie
- Verkehr und Mobilität
- Raumplanung
- Klimaveränderung
- Artenvielfalt.

Es handelt sich dabei um Themen, die alle drei Dimensionen betreffen, wobei auf die Umwelt spezielles Gewicht gelegt wird.

In **Nordamerika** findet man dieselben Themen mit dem einzigen Unterschied, dass anstelle der Energie die Wirtschaft genannt wird.

Die Themen, die in den Prozessen in der Schweiz behandelt werden (vgl. Abb. 5.13), passen bestens in den europäischen Rahmen; auf dieser thematischen Ebene können für die Schweiz demzufolge keine bedeutsamen Ausnahmen festgestellt werden.

6.2 Akteure

Hinsichtlich der verschiedenen Akteure, die an den Prozessen beteiligt sind, stellt man zwischen den Ländern mit einem hohen BSP und den Ländern mit einem tiefen BSP einen klaren Unterschied fest. Die Verantwortung für die Prozesse liegt in den Ländern mit einem hohen BSP in 73% der Fälle bei den Ortsbehörden, während diese Zahl in den Ländern mit einem tiefen BSP auf 37% sinkt; dort übernehmen lokale Organisationen diese Aufgabe.

Zählt man in der Schweiz die Prozesse zusammen, für welche die Verantwortung bei der Exekutive, der Verwaltung und der Legislative liegt, erhält man mit 90% ein noch höheres Ergebnis. Im internationalen Vergleich ist das Engagement der Ortsbehörden in der Schweiz demzufolge sehr wichtig.

Auf internationaler Ebene werden bei 27% der Prozesse die verschiedenen Interessengruppen überhaupt nicht integriert. In der Schweiz durchlaufen hingegen praktisch alle Prozesse mehr oder weniger wichtige Vernehmlassungsverfahren, selbst wenn die Akteurgruppen nicht immer mit eingeschlossen sind (vgl. Abb. 5.8).

6. Vergleich mit der Situation Europa – und Weltweit

6.3 Struktur und Organisation der Prozesse

Es gibt sehr wenige Informationen über die Strukturen und die Organisation der Prozesse, so dass es nicht möglich ist, allgemein gültige Aussagen zu machen.

Man kann jedoch gewisse Beobachtungen zur unterschiedlichen Situation in der Schweiz und in Spanien oder England anstellen, wo die Prozesse im ganzen Land relativ ähnlich sind. In Spanien folgen die meisten Gemeinden dem Modell des ICLEI²⁹ und in England hat die nationale Kampagne einen grossen Einfluss auf die verschiedenen Agenda 21-Prozesse.

In der Schweiz findet man weder einen Willen zur Integration in ein einheitliches System, noch einen Willen der Behörden, eine Vorgehensweise vorzuschreiben. Man beobachtet vielmehr einen multilateralen Austausch und den Willen des Staates, anstelle von Kontrolle Informationen und Unterstützung anzubieten.

6.4 Aufgetretene Probleme

Auf internationaler Ebene stösst man auf ähnliche Probleme, welche die Einführung eines Prozesses verhindern (vgl. Abb. 4.1) und die Prozesse bremsen (vgl. Abb. 5.21), wie in der Schweiz:

- Mangel an finanzieller Unterstützung
- Mangel an Interesse
- Mangelnde Unterstützung durch die Landesregierung
- Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen Departementen (Ländern mit einem hohen BSP).

Laut der Umfrageergebnisse ist in der Schweiz jedoch der Aspekt der fehlenden Unterstützung auf nationaler Ebene nicht erkennbar. Man kann sich fragen, ob dies mit einer unterschiedlichen politischen Kultur aufgrund des Föderalismus zu tun hat. Denn die Gemeinden in der Schweiz, die einen Prozess führen, betrachten sich als selbstständige lokale Einheiten und wollen nicht, dass der Staat allzu stark eingreift.

6.5 Herbeigeführte Änderungen

Auch im Bereich der herbeigeführten Änderungen ist ein Unterschied zwischen den Ländern mit einem hohen und den Ländern mit einem tiefen BSP feststellbar. Tabelle 6.2 fasst die Änderungen zusammen.

Tabelle 6.2: Erfasste Veränderungen, die auf internationaler Ebene am häufigsten genannt werden, nach BSP unterteilt

<i>Hohes BSP</i>	<i>Tiefes BSP</i>
Bessere Koordination zwischen den Departementen	Öffentliche/private Partnerschaften
Durchführen von Aktionsplänen	Partnerschaften zwischen mehreren Interessengruppen
Stärkere Berücksichtigung der Bevölkerung	Stärkere Berücksichtigung der Bevölkerung

²⁹ Vgl. www.iclei.org

6. Vergleich mit der Situation Europa – und Weltweit

In Europa haben die Agenda 21-Prozesse bei den folgenden Themen am meisten Änderungen herbeigeführt:

- Ausbildung
- Sensibilisierung für die Nachhaltige Entwicklung
- Energie
- Abfallbewirtschaftung
- Wasserbewirtschaftung.

Die Situation in der Schweiz ist sehr ähnlich wie in Europa und in anderen Ländern mit einem hohen BSP. Es überrascht jedoch, dass dem Thema der Ausbildung in den Prozessen in der Schweiz nur wenig Bedeutung beigemessen wird. Da in der Schweiz die Ausbildung in die Zuständigkeit der Kantone und nicht des Bundes fällt, kann dieser Unterschied nicht mit den institutionellen Strukturen erklärt werden. Man sollte versuchen, dieses Phänomen zu verstehen, denn die Ausbildung ist vermutlich eines der wirkungsvollsten Mittel, um zu erreichen, dass sich das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung im Verhalten und in den Wertvorstellungen der Einzelnen festsetzt.

7. Einige Schlussfolgerungen

Die Daten, die in diesem Bericht erläutert wurden, führen zu einigen generellen Schlussfolgerungen sowie themenspezifischen und strategischen Überlegungen. Dabei handelt es sich um eine vorsichtige Interpretation gewisser Ergebnisse aus der Erhebung. Sie stellen auf keinen Fall wissenschaftliche oder gar politische Empfehlungen des ARE dar.

7.1 Allgemeine Bemerkungen

Auch wenn die Nachhaltigkeitsprozesse gemäss den hier dargelegten Ergebnissen etwa einen Viertel der Schweizer Bevölkerung betreffen, ist die Zahl der beteiligten Gemeinden, die zurzeit 3.3% der Gemeinden in der Schweiz ausmachen, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, insbesondere den nordischen Ländern, sehr niedrig (vgl. Tabelle 6.2). Sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene ist es daher unerlässlich, über Strategien nachzudenken, um die Zahl der Gemeinden zu erhöhen, die einen solchen Prozess führen wollen. Die Erhebung zeigt in den ländlichen Gemeinden, einzeln oder in Regionen zusammengefasst, sowie in den kleinen und mittelgrossen Städten ein Potential auf.

7.2 Themen

Die Ergebnisse zeigen, dass die Themen im Bereich der Umwelt im Vergleich zur *Gesellschaft und insbesondere zur Wirtschaft* überwiegen. Folglich muss man sich Strategien zurechtlegen, mit denen diese Bereiche besser in die kommunalen und interkommunalen Nachhaltigkeitsprozesse einbezogen werden können. In diesem Sinn zeichnen sich drei Überlegungsrichtungen ab, um den Einbezug der wirtschaftlichen und sozialen Aspekte zu fördern:

- eine bessere Integration in die kommunalen Prozesse von denjenigen Massnahmen, die im Rahmen von eidgenössischen Programmen in den Bereichen Gesundheit und Energie durchgeführt werden (APUG und Energiestadt),
- eine bessere Ausrichtung der Massnahmen in den Bereichen Mobilität, Raumplanung, Natur und Landschaft, welche in den Nachhaltigkeitsprozessen der Gemeinden überwiegen, auf die soziale Nachhaltigkeit und die Lebensqualität,
- eine Annäherung der beiden Themen Energie und Image der Gemeinde.

Man kann feststellen, dass das lokale Marketing heute immer mehr den sozialen Zusammenhang, die kulturellen Aktivitäten oder das Vorhandensein von nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten nutzt, um neue Firmen anzulocken und so neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Unter den erfassten Themen ist der Bereich *Ausbildung* relativ schwach vertreten. Aufgrund der Erfahrungen im Ausland scheint es sinnvoll, vertiefte Überlegungen darüber anzustellen, die Aktivitäten zur Sensibilisierung auf die öffentliche Schule auszudehnen. In der Schweiz findet diese Sensibilisierung bis heute im Allgemeinen in den Gemeinden, jedoch ausserhalb der Schulen statt. Dies ist um so viel versprechender, als das öffentliche Schulwesen in der Schweiz in die Zuständigkeit der Kantone fällt und die regionalen Schuleinrichtungen eine relativ grosse Selbstständigkeit geniessen. Aufgrund dieses Sachverhalts sollte es in der Schweiz einfacher möglich sein, neue Themen in die Unterrichtsaktivitäten aufzunehmen, als dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist.

Sowohl in der Schweiz als auch in Europa überwiegen die «lokalen» Themen. Die Themen, die sich auf *globale Probleme* wie die Klimaveränderung oder die Übernutzung der natürlichen und kulturellen Ressourcen beziehen, werden selten behandelt, denn es wird davon ausge-

7. Einige Schlussfolgerungen

gangen, dass dafür Stellen auf regionaler, nationaler oder gar internationaler Ebene zuständig sind. Ein Blick auf die vorrangigen Themen in den Nachhaltigkeitsprozessen in der Schweiz bestätigt diesen Eindruck.

Die Umsetzung von weltweiten Anliegen auf lokale Aktionen erfolgt jedoch noch nicht von selbst oder zumindest wird dieser Prozess nicht oft explizit erwähnt. Diese Feststellung steht im Gegensatz zur Philosophie der Agenda 21 von Rio, die festlegt, dass das Globale obligatorisch auf die lokale Ebene übertragen werden muss und dass die lokalen Aktionen sich vom globalen Gedanken inspirieren lassen müssen. Man kommt daher nicht darum herum, diesen Punkt nochmals zu überdenken, um einen Weg zu finden, wie die lokalen Aktionen zur Förderung der Nachhaltigkeit mit den Forderungen einer weltweiten Nachhaltigen Entwicklung verbunden werden können. Dies beginnt zum Beispiel mit der Behandlung von Themen wie der Mobilität oder der Raumplanung auf einer Ebene, die über die Gemeindegrenzen hinausgeht. Hier bietet sich auch die Gelegenheit, Ausländerinnen und Ausländer in einer Gemeinde vermehrt in den Prozess selber zu integrieren oder zum Beispiel mittels eines kulturellen Austauschs Verbindungen zu schaffen. Die Berücksichtigung des «Globalen» bedeutet jedoch nicht, dass die Gemeinden nun eigene Aktionen für die Entwicklungszusammenarbeit durchführen müssen. Dieser Bereich fällt nämlich hauptsächlich in die Zuständigkeit des Bundes oder spezialisierter Organisationen. Den Gemeinden fällt hingegen die Rolle zu, ihre Unterstützung für bereits bestehende Projekte, die von Fachleuten geführt werden, zu verstärken und die von ihnen unterstützten Aktionen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit besser bekannt zu machen.

In den kommunalen Aktionsprogrammen trifft man nur selten auf den Willen, die Kommunalpolitiken oder die Politiken zur Umsetzung der «normalen» kantonalen oder eidgenössischen Politiken anhand der Postulate der Nachhaltigkeit genau zu überprüfen; dasselbe gilt für die Projekte, die sich daraus ergeben. Aus diesem Grund wird ein grosser Teil der öffentlichen Aktivitäten einer Gemeinde nie eingehend daraufhin überprüft, welches die Auswirkungen auf die Nachhaltige Entwicklung der Gemeinde sind. Es ist daher unerlässlich, unter dem Aspekt der anerkannten Postulate der Nachhaltigen Entwicklung über Instrumente zur Bewertung der Nachhaltigkeit nachzudenken, die für Politiken oder für Projekte bestimmt sind, die ausserhalb der Aktionspläne zur Förderung der Nachhaltigkeit durchgeführt werden³⁰.

7.3 Strategien

Um zu vermeiden, dass die Nachhaltigkeitsprozesse nur Ausdruck einer vergänglichen Modebewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts sind oder dass sie nur eine Alibiübung darstellen, müssen unbedingt Strategien entwickelt werden, mit denen sie bestehen können.

Es braucht eine *institutionelle Strukturierung* der Prozesse, um ihre Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Dazu stehen verschiedene Mittel zur Verfügung, zum Beispiel die Einführung einer Funktionsstruktur, die Ernennung eines/einer Delegierten für die Nachhaltige Entwicklung, der/die für die Koordination zuständig ist, die regelmässige Organisation von Foren, der systematische Einsatz von Evaluationsinstrumenten, ...

³⁰ Zum Beispiel auf der Grundlage des Projekts Monet (vgl. www.monet.admin.ch). Siehe auch die «Nachhaltigkeitsbeurteilung» auf Bundesebene, Massnahme 22 der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Schweizerischen Bundesrates, 2002.

7. Einige Schlussfolgerungen

Weiter muss man Überlegungen zur *zweiten Generation von Themen* anstellen, die angegangen werden müssen. Die in der Erhebung gesammelten Informationen vermitteln nicht den Eindruck, dass die bis anhin behandelten Themen nur eine erste Etappe darstellen, auf die dann sicher eine Reihe von anderen Themen folgt, die hauptsächlich aus Bereichen stammen, die üblicherweise nicht zum «traditionellen» Umweltbereich gezählt werden. Erinnern wir uns daran, dass die Nachhaltige Entwicklung sich auf keinen Fall auf die natürlichen Ressourcen beschränken will, sondern darin auch die künstlich erzeugten, von Menschen geschaffenen Ressourcen eingeschlossen sind, wie etwa Siedlungslandschaften oder das historische Erbe und insbesondere die immateriellen Ressourcen, wie die Kultur, die Information und das kollektive Gedächtnis. Es geht weiter darum, eine ausgewogene Behandlung aller Themen unter den Aspekten Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu erreichen.

Die Erfahrungen einiger Schweizer Gemeinden zeigen, dass die Kombination eines Nachhaltigkeitsprozesses mit dem Image einer Gemeinde und mit dem Anliegen einer «guten Gouvernanz» auf kommunaler und interkommunaler Ebene der Schlüssel zum Erfolg eines solchen Prozesses sein kann. Dieser Weg sollte vermehrt genutzt werden, indem man daran denkt, die *Frage der Regierungsführung* mit den Nachhaltigkeitsprozessen zu kombinieren (Welche Akteure sollen beteiligt werden? Welche Vernehmlassungsverfahren und Beteiligungsprozesse sollen initiiert werden? Welche Verbindungen sollen zwischen den lokalen, regionalen und nationalen oder sogar internationalen Akteuren hergestellt werden?). Die in der Schweiz registrierten Prozesse weisen eine starke Integration der sozialen Kreise auf, doch sind diese nicht unbedingt für die speziellen Interessen von Gruppen sensibilisiert, welche auf Vorschlag der Agenda 21 von Rio bevorzugt berücksichtigt werden sollten, wie etwa *Betagte, Jugendliche oder Ausländerinnen und Ausländer*³¹. Es wäre demzufolge zweckmässig, nach Möglichkeiten zu suchen, um diese Akteure besser zu erreichen und sie mit gezielteren Instrumenten zur Teilnahme zu bewegen.

Das Weiterbestehen der Prozesse ist zudem auch nicht gewährleistet, wenn diese nicht *auf politischer Ebene breite Unterstützung* erhalten. Wir haben gesehen, dass die Exekutive den Prozess oft initiiert und/oder dafür verantwortlich ist. Man müsste auch die Legislative und die politischen Parteien vermehrt mit einbeziehen. Die üblichen Beziehungen zwischen den drei Akteurgruppen, d. h. zwischen der Bevölkerung, den Fachpersonen in der Verwaltung und den politischen Behörden, müssen ebenfalls neu definiert werden.

Die Ergebnisse der Erhebung bestätigen die Hypothese, dass es genau so wichtig ist, die lokalen Akteure zur finanziellen Unterstützung zu bewegen wie den Bund und die Kantone. Dieses Sponsoring kann über die Beteiligung von Akteuren aus den *Verbandskreisen* als massgebliche Partner erfolgen, wie dies die Erfahrung einiger Gemeinden zeigt. Die *Wirtschaftskreise* sind in den kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen wenig präsent. Es müssen Mittel gefunden werden, um ihre Rolle in diesem Rahmen zu stärken.

Die finanzielle Unterstützung der Kantone und des Bundes ist nicht das einzige Mittel, um die kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse zu fördern. Aus der Erhebung geht hervor, dass die Bereitstellung von *Know-how* in den Bereichen Konzepte, Methoden, Instrumente und anderes mehr genau so wichtig ist wie die finanzielle Unterstützung. Dies betrifft insbesondere die

³¹ Die spezielle Berücksichtigung der Interessen der Frauen scheint im Umfeld der Schweiz im Vergleich zur Situation in den Entwicklungsländern zunächst weniger dringlich zu sein, obwohl nach wie vor zahlreiche Ungleichheiten bestehen.

7. Einige Schlussfolgerungen

Beteiligungsinstrumente im engeren Sinn (Foren, Zukunftswerkstätten oder Konsenskonferenzen).

Schliesslich sollte man langfristig das Ziel verfolgen, die *Nachhaltige Entwicklung in alle* so genannten «traditionellen» *öffentlichen Politiken* der Gemeindeverwaltung zu *integrieren*. Mit einer globaleren Betrachtungsweise der Probleme unter Berücksichtigung der drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung sollte es möglich sein, den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit gegenüber den künftigen Generationen sowie gegenüber unserem Planeten zu wahren. Dazu braucht es eine verbesserte Koordination zwischen den verschiedenen Bereichen, indem die übergreifenden Strukturen gefördert werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse Ende 2003 auf einem viel versprechenden Weg befinden. Die Förderung und die Erhöhung der Zahl der Prozesse lassen auf eine positive Entwicklung hoffen. Die Themen, die es weiter zu verfolgen und zu entwickeln gilt, wurden aufgezeigt. Dank der Bestandesaufnahme, die in diesem Bericht erläutert wurde, war es möglich, die strategischen Achsen genauer aufzuzeigen, so dass eine bessere Nachhaltigkeit dieser Prozesse erreicht werden kann. Da die Nachhaltigkeitsprozesse nicht allein von der finanziellen Unterstützung abhängig sind, sollte eine Zunahme der Nachhaltigkeitsprozesse sowie eine ständige Verbesserung ihrer Qualität möglich sein, obwohl sich die öffentlichen Finanzen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer schwierigen Lage befinden.

Anhang 1: Fragebogen

Nationale Erhebung über kommunale Vorgehen zur nachhaltigen Entwicklung - 2003

A		Charakterisierung der Gemeinde			
A1	Gemeinde				
A2	Kanton				
A3	Zahl der Einwohner in der Gemeinde				
A4	Hauptsprache(n) der Gemeinde	<input type="checkbox"/> Französisch <input type="checkbox"/> Deutsch <input type="checkbox"/> Italienisch <input type="checkbox"/> Romansch			
B		Läuft ein Programm zur Förderung der Nachhaltigkeit?			
B1	Hat Ihre Gemeinde ein Programm zur Förderung der Nachhaltigkeit im Sinne einer Lokalen Agenda 21 schon begonnen?	<input type="checkbox"/> Ja : Bitte schreiten Sie bis zur Frage C1 weil <input type="checkbox"/> Nein : Bitte antworten Sie Frage B2 und weitere			
B2	War ein solcher Prozess schon mal ein Thema in Ihrer Gemeinde?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein			
B3	Haben Sie die Absicht, einen solchen Prozess einzuführen? <i>Wenn ja, wann?</i>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein			
B4	Welches sind die Gründe, die einen solchen Ansatz verhindern? <i>Wenn "anderes", bitte ergänzen Sie:</i>	<input type="checkbox"/> Kein politischer Wille <input type="checkbox"/> Solche Prozesse bieten für die Probleme unserer Gemeinde keine ausreichenden Lösun <input type="checkbox"/> Es fehlen die notwendigen finanziellen Mitteln <input type="checkbox"/> Es fehlt das notwendige Know-How <input type="checkbox"/> Es fehlen die nötige Zeit und das nötige Personal <input type="checkbox"/> Anderes			
		<i>Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Diese Informationen werden uns sehr behilflich sein. Sie brauchen den Rest des Fragebogens nicht auszufüllen.</i>			
C		Zusammenhang und Beschreibung des Gesamtprogramms			
C1	Name Ihres Prozesses (Gesamtprogramm) (zum Beispiel "Zukunft Musterwil" oder "Lokale Agenda Musterwil")				
C2	Kurzbeschreibung des Gesamtprogramms (max 5 Zeilen)				
C3	Verfahrenstypen die in der Gemeinde zusätzlich geführt werden <i>Bitte ergänzen Sie "Andere":</i>	<input type="checkbox"/> Energiestadt <input type="checkbox"/> Charta von Aalborg <input type="checkbox"/> Programm Umwelt und Gesundheit (B) <input type="checkbox"/> Andere			
C4	Nehmen andere Gemeinden am Gesamtprogramm teil? <i>Wenn ja, welche?</i>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein			
D		Etappen			
		Verwirklichungsperiode: In Planung Laufend Verwirklicht			
D1	Sensibilisierung	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			
D2	Bestandesaufnahme, Diagnostik	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			
D3	Zielsetzungen	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			
D4	Massnahmen - Definitionen, Katalog	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			
D5	Aktionen - Verwirklichung	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			
D6	Massnahmenmonitoring	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			
D7	Eventuelle Bemerkungen				
E		Beteiligte			
E1	Welche Kreise initiierten den Prozess ursprünglich? <i>Bitte ergänzen Sie (Datum, Anderes...)</i>	<input type="checkbox"/> Bevölkerung <input type="checkbox"/> Legislative <input type="checkbox"/> Exekutive <input type="checkbox"/> Gemeindeverwaltung <input type="checkbox"/> Anderes			
E2	Wer trägt die Verantwortung des Gesamtprogramms? <i>Bitte ergänzen Sie (Type und Datum des Entscheid)</i>	<input type="checkbox"/> Exekutive <input type="checkbox"/> Gemeindeverwaltung <input type="checkbox"/> Verein, Verband <input type="checkbox"/> Legislative <input type="checkbox"/> Anderes			
E3	Wer koordiniert das Gesamtprogramm?	<input type="checkbox"/> Beauftragtes Komitee <input type="checkbox"/> Gemeindeverwaltung <input type="checkbox"/> Verein, Verband <input type="checkbox"/> Externer Auftragsnehmer <input type="checkbox"/> Delegierter <input type="checkbox"/> Anderes			
		<i>Bitte ergänzen Sie:</i>			

F		Zielsetzungen
F1	Welches sind die Gründe, die den Prozess auslösten? <i>Bitte ergänzen Sie:</i>	<input type="checkbox"/> Lösung eines Problems <input type="checkbox"/> Politischer Wille eine nachhaltigere Gemeinde zu sein <input type="checkbox"/> Wille die Anliegen der ganzen Bevölkerung zu berücksichtigen <input type="checkbox"/> Verbesserung des externen Bildes der Gemeinde <input type="checkbox"/> Anderes
F2	Welches sind Ihre Vorgehensziele?	
F3	Können diese Ziele mit Hilfe von Indikatoren gemessen werden?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
G		Methoden
G1	Benutzte Evaluationsmethoden <i>Bitte ergänzen Sie:</i>	<input type="checkbox"/> Indikatoren System <input type="checkbox"/> Qualitative Bewertung <input type="checkbox"/> Projektbewertungsraster <input type="checkbox"/> Keine <input type="checkbox"/> Anderes
G2	Benutzte Beteiligungsmethoden <i>Bitte ergänzen Sie "Anderes":</i>	<input type="checkbox"/> Verwaltungsinterne Arbeitsgruppen <input type="checkbox"/> Konsenskonferenz <input type="checkbox"/> Verwaltungsexterne Arbeitsgruppen <input type="checkbox"/> Zukunftswerkstätte <input type="checkbox"/> Vernetzungen der verschiedenen Akteure <input type="checkbox"/> Akteurgruppenbefragungen <input type="checkbox"/> Veranstaltungen <input type="checkbox"/> Ideenwettbewerbe <input type="checkbox"/> Befragungen <input type="checkbox"/> Anderes <input type="checkbox"/> Forums
G3	Teilnehmer	<input type="checkbox"/> Politische Kreise <input type="checkbox"/> Wirtschaft-Kreise <input type="checkbox"/> Jugend <input type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt-Kreise <input type="checkbox"/> Senioren <input type="checkbox"/> Akteurgruppen <input type="checkbox"/> Sozial-Kreise <input type="checkbox"/> Einwohner
G4	Externe Kommunikationsformen <i>Bitte ergänzen Sie "Anderes":</i>	<input type="checkbox"/> Zeitung <input type="checkbox"/> An Vereine versandte Briefe <input type="checkbox"/> Internet Seite <input type="checkbox"/> An die ganze Bevölkerung versandte Briefe <input type="checkbox"/> Plakate <input type="checkbox"/> Veranstaltungen <input type="checkbox"/> Informationsbüro <input type="checkbox"/> Konferenzen <input type="checkbox"/> Anderes
H		Anwendungsbereiche
H1	Schwerpunkte des Gesamtprogramms (Max. 2) <i>Bitte ergänzen Sie :</i>	<input type="checkbox"/> Wirtschaft <input type="checkbox"/> Umwelt <input type="checkbox"/> Gesellschaft <input type="checkbox"/> Beteiligungsprozess
H1	Vorrangige Themen, die das Programm qualifizieren:	<input type="checkbox"/> Luft <input type="checkbox"/> Konsum <input type="checkbox"/> Internat. Zusammenarbe <input type="checkbox"/> Wasser <input type="checkbox"/> Unternehmen <input type="checkbox"/> Kultur <input type="checkbox"/> Wald <input type="checkbox"/> Finanzen <input type="checkbox"/> Intergenerationelle <input type="checkbox"/> Natur und Landschaft <input type="checkbox"/> Bauwesen <input type="checkbox"/> Jugend <input type="checkbox"/> Raumplanung <input type="checkbox"/> Verkehr und Mobilität <input type="checkbox"/> Gleichberechtigung Mann/Fra <input type="checkbox"/> Landwirtschaft <input type="checkbox"/> Lebensmittel <input type="checkbox"/> Integration <input type="checkbox"/> Abfälle und Altlasten <input type="checkbox"/> Arbeitsplätze <input type="checkbox"/> Mitbeteiligung <input type="checkbox"/> Energie <input type="checkbox"/> Ausbildung <input type="checkbox"/> Kommunikation <input type="checkbox"/> Tourismus <input type="checkbox"/> Gesundheit <input type="checkbox"/> Sensibilisierung
H3	Räumliche Wirkung	<input type="checkbox"/> Stadtviertel/Zone <input type="checkbox"/> Gemeinde <input type="checkbox"/> Region

I		Ergebnisse	
I1	Hat das Gesamtprogramm Gesetzesänderungen zur Folge gehabt (Verordnungen, Reglemente)?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
	<i>Wenn Ja, welche?</i>		
I2	Hat das Gesamtprogramm organisatorische Änderungen zur Folge gehabt (Rat der Nachhaltigkeit, Komitee...)?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
	<i>Wenn Ja, welche?</i>		
I3	Welche sind die aktuellen Gewinne des Verfahrens (Gesamtprogramm)?		
I4	Welche sind die erhofften Gewinne des Verfahrens (Gesamtprogramm)?		
I5	Mit welchen Problemen war der Prozess hauptsächlich konfrontiert?		
J		Kosten und Finanzierung des Gesamtprogramms	
J1	Budgetierte Kosten (Bitte geben Sie die betreffende Phase und Daten an)		
	Finanzierungsquellen:		
J2	- Beitrag der Gemeinde (Bitte geben sie die Summe, die betreffenden Phase und Daten an)		
	<i>Finanzierungsform:</i>	<input type="checkbox"/> Ordentliches Budget <input type="checkbox"/> Spezialfond <input type="checkbox"/> Spezialkredit	
J3	- Anteil Vereine/Verbände (Bitte geben sie die Summe, die betreffenden Phase und Daten an)		
J4	- Sponsoren/Schenkungen (Bitte geben sie die Summe, die betreffenden Phase und Daten an)		
J5	- Subventionen/Unterstützungsprogramme (Mit Angabe des Ursprungs (BUWAL, ARE, BAG, BFE, seco, Kantone, andere...)) (Bitte geben sie die Summe, die betreffenden Phase		
K		Kontakte	
K1	Name der Kontaktperson		
K2	Postadresse		
K3	Telefonnummer		
K4	Email Adresse		
K5	Website Adresse		
Bitte bis zum 7. April 2003 zurücksenden. Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Diese Informationen werden uns sehr behilflich sein.			

Anhänge

Anhang 2: Liste der Gemeinden mit einem Nachhaltigkeitsprozess

Stand: Juli 2003

1. Aesch ¹	BL	46. Luzern ¹	LU	91. Yverdon-les-Bains	VD
2. Aetingen	SO	47. Männedorf	ZH	92. Zollikofen ¹	BE
3. Altendorf	SZ	48. Messen	SO	93. Zuchwil	SO
4. Arlesheim ¹	BL	49. Mettmenstetten	ZH	94. Zürich ¹	ZH
5. Balm bei Messen	SO	50. Meyrin ¹	GE		
6. Basel	BS	51. Mollens ²	VS	¹ auch Energiestadt (23)	
7. Bätterkinden	BE	52. Montana ²	VS	² APUG (6)	
8. Bellevue	GE	53. Morges ¹	VD	³ Alpenallianz (2)	
9. Belp	BE	54. Mülchi	BE		
10. Bern ¹	BE	55. Münsingen ¹	BE		
11. Bernex	GE	56. Muri	BE		
12. Bettingen	BS	57. Nenzlingen	BL		
13. Brislach	BL	58. Neuchâtel ¹	NE		
14. Bubikon	ZH	59. Oberdorf	BL		
15. Carouge	GE	60. Oberramsern	SO		
16. Cham ¹	ZG	61. Olten	SO		
17. Champéry	VS	62. Onex	GE		
18. Charmey	FR	63. Ottenbach	ZH		
19. Chêne-Bourg	GE	64. Pfeffingen	BL		
20. Chermignon ²	VS	65. Prilly	VD		
21. Cugy	VD	66. Randogne ²	VS		
22. Delémont ¹	JU	67. Reigoldswil ¹	BL		
23. Dompierre	FR	68. Renens	VD		
24. Eggwil	BE	69. Rheinfelden	AG		
25. Emmen	LU	70. Riehen ¹	BS		
26. Essertines s/Yverdon	VD	71. Ruppoldsried	BE		
27. Finhaut	VS	72. Sattel ³	SZ		
28. Flawil	SG	73. Schüpfheim	LU		
29. Fribourg ¹	FR	74. Solothurn	SO		
30. Genève	GE	75. Spiez	BE		
31. Grenchen	SO	76. St. Gallen ¹	SG		
32. Gryon	VD	77. Stäfa	ZH		
33. Icogne ²	VS	78. St-Luc	VS		
34. Illnau-Effretikon ¹	ZH	79. St-Martin	VS		
35. Kloten	ZH	80. Sursee	LU		
36. Kreuzlingen	TG	81. Thalwil	ZH		
37. Küttigkofen	SO	82. Thun	BE		
38. Kyburg-Buchegg	SO	83. Turgi ¹	AG		
39. Lancy	GE	84. Uetendorf	BE		
40. Langenthal ¹	BE	85. Unterramsern	SO		
41. Lauerz ³	SZ	86. Urtenen-Schönbühl ¹	BE		
42. Lausanne ¹	VD	87. Vernier	GE		
43. Lavigny	VD	88. Vevey ¹	VD		
44. Lens ²	VS	89. Wengi	BE		
45. Limpach	BE	90. Winterthur ¹	ZH		

